

Noch immer lagern 150 US-Kernwaffen einsatzbereit auf deutschem Boden, so in Ramstein und Büchel. Einsatzträger für diese Massenvernichtungswaffen sollen deutsche Tornado-Flugzeuge sein. Grund genug für das Leipziger Friedenszentrum, die deutsch-japanische Gesellschaft und die Aktionsgemeinschaft „Flughafen NATOfrei“ zum 62. Jahrestag des US-amerikanischen Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki die weltweite Abschaffung von Kernwaffen zu fordern.

Auf ihrer Mahnwache am 6. August forderten sie u. a. auch die

- bleibende Verpflichtung Deutschlands zum Nichtkernwaffenland;
- Abrüstung aller Massenvernichtungs- und Angriffswaffen;
- internationale Vereinbarung für ein allgemeines ABC-Waffen-Verbot und die
- vollständige Beseitigung aller US-Kernwaffen von deutschem Boden.

Der Angriff allein auf Hiroshima hat

62 Jahre danach – Hiroshima und Nagasaki mahnen Atomwaffen abrüsten – überall!



Foto: Märker

240 000 Menschen das Leben gekostet. Die tödlichen Strahlenspätfolgen hatten alle Generationen bis heute zu erleiden.

In Nazim Hikmets Gedicht „Das

kleine tote Mädchen“ heißt es:

Ich lebte in Hiroshima

Das ist zehn Jahre her.

Jetzt bleib ich für immer sieben Jahr.

Tote Kinder wachsen nicht mehr.

LN. Aufgrund der Renten-„Reformen“ seien die Rentenzahlungen für Versicherte, die im vergangenen Jahr in den Ruhestand gegangen sind, im Vergleich zu 2000 um 14,5 Prozent gesunken, meldet der Bund Deutscher Rentenversicherer.

Dafür hätten CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne gesorgt, so der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Oskar Lafontaine. Nach den Berechnungen erhält ein Mann eine durchschnittliche Netto-Rente von 790 Euro in West- und von 836 Euro in Ostdeutschland. Bei Frauen sind es 434 beziehungsweise 660 Euro. Um diese unhaltbare Entwicklung zu stoppen, müssten die Rentenkürzungen der letzten Jahre zurückgenommen werden. „Die Aufforderung an die Beschäftigten, sich durch private Vorsorge vor der Altersarmut zu schützen, ist zynisch“, so Lafontaine. Denn:

Oskar Lafontaine:

Politisch organisierte Rentenarmut bereits spürbar

„Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich und haben kaum noch Geld, die Ausgaben für ihr tägliches Leben zu bestreiten. Die OECD hat vorgerechnet, dass die Bezieher niedriger Löhne in Deutschland die niedrigste Rentenerwartung aller Industriestaaten haben.“

Den Verweis so genannter Rentenexperten auf die steigenden Beiträge, wenn die Rentenformel wiederhergestellt wird, nennt der Linkspoliker eine Täuschung der Betroffenen: „Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen lieber in die gesetzliche Rentenversicherung 14 Prozent bei einem Beitragssatz von 28 Prozent, als 10 Prozent bei einem Beitragssatz von 20

Prozent, der den Arbeitgebern nur 10 Prozent abverlangt, die Beschäftigten aber verpflichtet, zusätzlich zu ihrem gesetzlichen Beitrag acht Prozent für die private Vorsorge aufzuwenden.“

Im Übrigen, führt Lafontaine an, zahlen in einer ganzen Reihe europäischer Staaten die Arbeitgeber in der Rentenversicherung einen deutlich höheren Beitrag als die Arbeitnehmer. Das wäre auch in Deutschland möglich. Ein höherer Arbeitgeberanteil liefe letztlich auf eine Lohnerhöhung hinaus, da der sogenannte Arbeitgeberbeitrag Lohnbestandteil ist. Angesichts der außergewöhnlichen Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren und der guten Gewinnentwicklung, insbesondere der Konzerne, wäre dies leichter zu verkraften als die erzwungene Privatversicherung von Arbeitnehmern. (Siehe auch Seite 3)

Bekanntermaßen ist in Deutschland „der Trieb zu Steuersparmodellen größer als der Sexualtrieb“.

Dieter Ondracek, Vorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft auf einer steuerpolitischen Konferenz der Fraktion DIE LINKE.

Steuerpolitisches Absurdistan

LN. Die Koalition, so ist zu erfahren, will 2008 Steuergestaltungs-„spielräume“ einschränken. Dazu soll aufwendig kontrolliert, sollen neue Nachweispflichten eingeführt werden. Die Steuersparer sollen mit erheblichem Aufwand nachweisen, dass sie keinen Missbrauch im Schilde führen. In der Tat schmäleren Steuergestaltungsmodelle zugunsten Vermögender und Firmenbesitzer die Staatseinnahmen um Milliarden. Niedrig- und Normalverdiener jedoch bleiben dabei außen vor, weil sie nichts absetzen können.

Nun will Bundesfinanzminister Peer Steinbrück den ambitionierten Steuersparern auf den Pelz rücken. Barbara Höll, die Finanzfachfrau der Linken im Bundestag, sieht nur ein Ergebnis dieses Werkelns an entsprechenden Modellen: „Die bereits überlasteten Finanzbehörden werden noch stärker belastet, Steuerberater haben weiter gut zu tun. Die Folge werden wachsende Intransparenz und Regelungschau sein, aber keine stabilen Steuermehreinnahmen. Und bezahlen werden den ganzen Aufwand wieder die ‚kleinen Leute‘ mit ihrer enorm hohen direkten und indirekten Steuerlast. Steuergestaltungsmodelle stehen ihnen nicht zur Verfügung.“

Lokpersonal im Streik

Die Kampfbereitschaft ist enorm und liegt weit über den Erwartungen der Gewerkschaft: **95,8 Prozent der Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) stimmten bei der Urabstimmung für einen unbefristeten Streik.**

Der stellvertretende GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky erklärte inzwischen in einem Rundfunkinterview, die GDL wolle ihre Strategie wegen der Urlaubszeit „sehr stark daran orientieren, so wenig als möglich die Reisenden zu beeinträchtigen. Es ist nicht unser Ziel, die Bundesrepublik flächendeckend mit Streik zu überziehen“. Die Lokführer wollten „mit einer Art Nadelstichpolitik, die sich immer mehr verstärkt“, dafür sorgen, „dass der Bahnvorstand sich bewegt“. Siehe Seite 7

Der Bundeswehreinsatz anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm wird von allen offiziellen Stellen – Bundeswehr, Polizei, Regierung – als „technische Amtshilfe“ bezeichnet, die rechtlich im Artikel 35 des Grundgesetzes festgelegt ist. Danach kann die Bundeswehr „zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung“ in besonderen Fällen angefordert werden, „wenn die Polizei ohne diese Unterstützung eine Aufgabe nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten erfüllen könnte“.

Obwohl der G8-Gipfel weder als Naturkatastrophe (höchstens bezüglich seiner faulen Kompromisse zum Umweltschutz) noch als Unglücksfall zu werten ist, erfolgte die Anforderung von „Amtshilfe“ bereits im April dieses Jahres. Zur Sicherung des Gipfels stellte die Bundeswehr neben 2450 Soldaten noch neun Spähpanzer des relativ neuen Typs „Fennek“ zur Verfügung, die mit modernsten High-Tec Überwachungskameras und der Mini-Drohne ALADIN ausgerüstet sind. Zur Sicherung der

Auf dem Weg in den Sicherheitsstaat? Bundeswehreinsatz zum G8-Gipfel – ein „Testballon“

Seeseite waren neben Einheiten der Küstenwache eine Fregatte und zwei Minenjagdboote der Marine im Einsatz. Außerdem befanden sich auch zwei Schiffe der US-Marine, darunter ein Zerstörer, vor der deutschen Ostseeküste im Einsatz. An Luftensätzen waren sowohl das Heer mit drei Hubschraubern des Typs CH-53 als auch die Luftwaffe mit 14 Tornados

beteiligt. Daneben überwachten AWACS-Aufklärungsflugzeuge der NATO den Luftraum. Neben diesen technischen Kräften war auch der CRC-Zug der Militärpolizei (CRC bedeutet Crowd and Riot Control, also Aufstandsbekämpfung) eingesetzt. Die Soldaten dieser Einheit sind, wie die „Robocops“ der Polizei, mit Schild, Schlagstock und Helm mit Visier aus-

gerüstet.

Zur „Gewährleistung eines reibungslosen Informationsaustausches im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit“ befanden sich in zahlreichen zivilen Stäben der Polizei und des Innenministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern Verbindungskommandos der Bundeswehr. Daraus ist ersichtlich, dass die Zusammenarbeit

der Bundeswehr mit der Polizei wesentlich weiter ging, als dies bei früheren Einsätzen der Fall war. Die grundgesetzliche Trennung von Polizei und Bundeswehr wird in eklatanter Weise aufgeweicht, wenn beispielsweise Bundeswehrsoldaten zur Verkehrsüberwachung eingesetzt werden.

Unter diesen Umständen kann wohl kaum noch die Rede sein von „Amtshilfe“ im Sinne des Grundgesetzes. Vielmehr ist anzunehmen, dass es sich hierbei um einen großangelegten Test im Rahmen der von Bundesinnenminister Schäuble unter dem Vorwand des Terrorismus angestrebten totalen Überwachung und um die sukzessive Vorbereitung auf Inlandeinsätze der Bundeswehr handelt. Der Einsatz von Aufklärungseinheiten mit hochauflösender Registriertechnik legt außerdem den Verdacht nahe, dass hier weitere Möglichkeiten zur Optimierung eines kürzlich in Frankfurt/Main getesteten automatischen Personen-Erkennungssystems der Polizei gesucht werden.

• HELMUT ULRICH



Tornados über Heiligendamm



Mit Spähpanzern werden Verkehrswege überwacht.

Fotos: Privat

Von **MANFRED BOLS**

Konsummotor Senioren

Die Bundesseniorenministerin entdeckt den Wirtschaftsfaktor Alter

Neuer Politstar“ wird sie emphatisch vom *Spiegel* genannt, die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). In der Tat sorgte sie nach ihrer Ernennung von Anfang an für Furore. Zuerst hatte sie sich für die Interessen der Kinder und Mütter eingesetzt. Sie forderte eine bedeutende Erweiterung und Verbesserung der Kindertagesstätten. Auch wenn ihr Projekt noch hart umkämpft ist und seine Wirksamkeit durch ständig neue Forderungen, Widerstände und Kompromisse immer mehr eingeschränkt wird, ist ohne Zweifel Bewegung in die Sache gekommen. Nun hat sie sich als nächstes den Senioren zugewandt, für die ihre Behörde, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ), ebenfalls verantwortlich zeichnet.

Am 17. Juli 2007 stellte sie das neue Programm „Wirtschaftsfaktor Alter – Unternehmen gewinnen“ vor, mit dem nach

... Seniorenmarkt, ein etwas missverständlicher Begriff, denn Senioren werden eigentlich auf ihm nicht verkauft, oder vielleicht doch?

ihren Worten „Unternehmen unterstützt und gleichzeitig ältere Menschen als Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt werden sollen“.

Doch diesmal ist ihr Herangehen grundsätzlich anders. Es geht nicht in erster Linie um die Interessen der Senioren, sondern um die Unterstützung der Wirtschaft hinsichtlich einer stärkeren und umfassenderen Abschöpfung der Kaufkraft der Älteren und damit um Profite. (Die Kaufkraft der über 60-Jährigen wird heute z.B. auf fünf bis acht Milliarden Euro monatlich geschätzt). Der Markt, auf dem das vonstatten gehen soll, nennt sich übrigens Seniorenmarkt, ein etwas missverständli-

cher Begriff, denn Senioren werden eigentlich auf ihm nicht verkauft, oder vielleicht doch?

Das neue Konzept des BMFSJ wird unter dem Begriff Unternehmensprogramm gehandelt. Seine Grundlage ist die vom Ministerium in Auftrag gegebene Studie „Wirtschaftsmotor Alter“ der Roland Berger Strategy Consultants. Darin wurde errechnet, dass fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung im Jahr 2035 über 50 Jahre alt sein wird. Der Altersquotient, d. h. der Anteil der 65-plus-Generation bezogen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter (20-64 Jahre), wird von 31 Prozent heute, auf 54 Prozent im Jahr 2035 und 60 Prozent im Jahr 2050 steigen. Das heißt, dass die über 50-Jährigen die Zielgruppe der Zukunft sein werden. Ihr Anteil am Konsum wird 2035 bei 58 Prozent liegen, während die unter 50-Jährigen nur noch auf 42 Prozent kommen. Die über 65 Jährigen haben sogar das höchste Wachstumspotenzial. Ihr Anteil am Gesamtkonsum steigt von knapp 18 Prozent auf etwas über 26 Prozent bis 2035.

Das bedeutet, dass altersgerechte Produkte und Dienstleistungen schon heute einen äußerst profitablen Wachstumsmarkt darstellen, dessen Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Diese Situation möchte die Bundesministerin mit Hilfe des neuen Unternehmensprogramms verändern. Eigens für diesen Zweck wird deshalb auch eine vom Bund in den nächsten Jahren mit 4 Millionen Euro finanzierte Geschäftsstelle eingerichtet, zu der eine eigene Informations- und Kooperationsbörse gehören soll.

In vielen Stellungnahmen, Analysen und Statistiken wird nun so getan, als wenn insbesondere die Rentner eine zahlungskräftige Bevölkerungsgruppe seien, denen man nur bessere Möglichkeiten bieten muss, ihr Geld auszugeben. Das trifft aber, allerdings auch nicht im umfassen-

den Maße, in erster Linie auf Pensionäre und Rentner in den westlichen Bundesländern zu. Viele leben dort zusätzlich von Betriebsrenten, haben Barvermögen oder besitzen Immobilien. In den östlichen Ländern spielen diese Faktoren kaum eine Rolle, die Renten sind niedriger und Zusatzrentenansprüche werden meistens nicht anerkannt. Entsprechend unerträglicher wirken auf die materielle Lage der Ostrentner dann auch die Steigerung der Lebenshaltungs- und Gesundheitskosten, die indirekte Kürzung der Renten durch Erhöhung des Rentenein-



der Stadtverwaltung versichert, „ohne aggressive Werbung wie in Leipzig“. Vielmehr hätten neben den niedrigen Mieten für Top-Innenstadtwohnungen die Beschaulichkeit und Übersichtlichkeit der Stadt und die Nähe zum Billigparadies Polen (teilweise auch als ehemalige Heimat Schlesiens) eine starke Anziehungskraft ausgeübt. Interessenten erhalten von der Stadt ein wohldurchdacht zusammengestelltes Info-Paket. In der LWB ist die Stimmung gedämpft, aber auch demonstrativ optimistisch. Der Pressesprecher der LWB, der erst einmal bittet, etwas weit ausholen zu dürfen, informiert, dass es im Anschluss an die Fahrt zwar verständlicherweise keine Mietanträge gegeben habe, aber die gesamte Werbeaktion bisher zu zwei

trittsaltern, Nullrunden und die Privatisierung von kommunalen Einrichtungen (Wohnungswirtschaft, Energie, Wasser, Verkehr), denen meistens Preiserhöhungen folgen. Der Ostrentner dreht den Euro mehrfach um, ehe er ihn ausgibt. Daran ändern auch fragwürdige Umfragen nichts, wie die des Meinungsforschungsinstitutes Gallup Hungary, das Leipzig auf dem dritten Platz der lebenswerten Städte in Europa sieht.

Die grundlegende Veränderung dieser sozialen Situation und eine bessere finanziellen Unterstützung der Altenarbeit müsste also das eigentliche Betätigungsfeld einer Bundesseniorenministerin sein. Was soll durch das sogenannte Unternehmensprogramm für ältere Menschen herauskommen? Mehr Bänke in den Innenstädten, damit Senior/in sich nicht in die teuren Terrassencafés setzen muss? Verständlichere Bedienungsanleitungen für elektrische und andere Produkte? Abholservice für die täglichen Besorgungen? Spezielle Reiseumöglichkeiten? Sicher das auch, aber in erster Linie geht es doch wohl um neue Produkte. Dabei muss man mit Schauer an die bereits länger im Gange befindliche Anti-Aging Kampagne denken. Alterskrankheiten und -beschwerden wurden erfunden, um dann die „Folgen“ mit neuen, teuren Medikamenten bekämpfen zu können. Auch das Unternehmensprogramm, dass scheinbar tatsächlich vor allen mit Blick auf die westlichen Bundesländer entwickelt wurde, wird zur Herstellung zahlreicher neuer Waren führen, die in erster Linie die Profite von Handel und Wirtschaft steigern. Der drohenden Altersarmut wird damit nicht entgegengewirkt.

Es gilt nicht zuvorderst den Seniorenmarkt zu entwickeln, sondern die materiellen und sozialen Grundlagen für die Senioren, vor allem im Osten, zu verbessern, damit für alle älteren Menschen ein Altern in Würde möglich ist.

West-Rentner im Fadenkreuz der LWB

In Wuppertal ist man nicht amüsiert. „Die Rentnerfänger von Leipzig“ überschreibt die Westdeutsche Zeitung (WZ) am 23. Juli '07 ihren Bericht über eine dreitägige „Schnupperreise“ von „knapp 100 Rentnern und solchen, die es werden wollen“ auf Einladung der LWB nach Leipzig. Auch in der Stadtverwaltung gibt es Unruhe. Laut Neues Deutschland vom 19. Juli beklagte eine Sprecherin die negative Auswirkung dieser Abwerbungsaktion auf das Solidaritätsgefühl der Bürger. Wuppertal, das mit vielen Problemen zu kämpfen habe, zahle immerhin 20 Millionen Euro in den Solidarpakt ein. Seit Monaten wirbt das Leipziger Wohnungsunternehmen aufgrund des hohen Leerstandes an Wohnungen (55 000) mit Großplakaten und dem Slogan „Leipzig – gegen Mangel im Alter“ in westdeutschen Großstädten für einen Umzug westdeutscher Rentner in die Messemetropole. Höhepunkt war die o.g. Bus-

fahrt mit Senioren aus dem Raum Wuppertal, Remscheid und Duisburg vom 19. bis 21. Juli. Die LWB war zu dem Projekt ermutigt worden durch eine europaweite Großstadtanalyse der Unternehmensberatung Mercer Human Resource Consulting von 2006, die der Stadt eine günstigere Lebensqualität bescheinigte, als in vielen gleichrangigen Städten. So wurden vergleichsweise niedrige Mieten, kulturelle Vielfalt und gute medizinische Versorgung als Plus von Leipzig herausgearbeitet. Die Busreise, Kritiker sprachen von einer Kaffeefahrt, kostete mit Übernachtung und Vollpension, Stadtrundfahrt und Kultur pro Person 50.- Euro, was laut LVZ dazu führte, „dass die meisten Passagiere nur ein paar schöne Tage zum Schnäppchentarif erleben woll(t)en“. Die WZ schätzte in ihrem Beitrag die realen Kosten der 3-Tage Fahrt auf 500 Euro pro Person. Auch andere Städte, wie Dresden, Weimar oder Görlitz werben um den Zuzug gut betuchter Westpensionäre, wobei Görlitz (Volksmund: „Seniopolis“) wohl die bisher besten Ergebnisse erzielen konnte. In die bestens sanierte Stadt, die sich auch um den Titel Weltkulturerbe beworben hatte, zogen in den letzten Jahren einige hundert Westrentner. Dies geschah aber, wie eine Verantwortliche

Mietverträgen geführt hätte. Zwei weitere seien noch in der Schwebel. Außerdem hätte die Aktion ein beachtliches Presseecho ausgelöst, dessen Ergebnis ungefähr 500 weitere Anfragen sind. Die umfassende Wirksamkeit des Konzeptes würde man aber erst am Ende des Jahres real einschätzen können. Bis dahin sind noch zwei Busfahrten (Herbst) geplant, für die es auch bereits 260 Anmeldungen gibt. Über Termin und Verlauf wurde noch nicht entschieden. Auf der Habenseite sei außerdem nützliche Werbung für die Stadt Leipzig zu verbuchen.

Bleibt zu konstatieren, dass die Selbstüberschätzung und die Überbewertung der Möglichkeiten Leipzigs durch Führungskräfte seit dem Gewinn der innerdeutschen Auseinandersetzung um die Olympiabewerbung nachhaltig andauert. Daran ändern auch keine Umfragen etwas, in denen die Leipziger Bürger der Stadt angeblich ein sehr gutes Zeugnis ausstellen. Mit dem Geld der Mieter werden abenteuerliche Sonderaktionen finanziert, deren Risiko in keinem realen Verhältnis zum möglichen Ergebnis steht. Geldverschwendung bleibt ein Markenzeichen der LWB. Entsprechend saftig waren Reaktionen von Leipziger Bürgern.

• M. B.

Oberbürgermeister in Urlaub

Nun ist er weg, der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Drei Wochen Urlaub an biblischen Orten gönnt er sich. Es werden drei Wochen von nur sechs, die ihm zur Verfügung stehen, um ein durchdachtes Papier zu der urplötzlich im CDU-Würgegriff forcierten Privatisierung der kommunalen Dachgesellschaft LVV vorzulegen.

Doch OB Jung hat ja reichlich gute Leute in Leipzig zurückgelassen, die während seiner Abwesenheit am Fahrplan der Privatisierungs-Irrfahrt von Stadtwerken und Kommunalholding basteln können. Nachdem der Oberbürgermeister das Vertrauen zum Stadtrat verloren hatte, sollte es eine Lenkungsgruppe richten. Die wiederum verlor jüngst Jungs Vertrauen. Und so bleibt der enge Kreis aus LVV-Chef Klein (befangen, weil versessen auf ein Aufsichtsratsmandat in der VNG), Interims-Geschäftsführer Theis (schwer beladen, weil ohne jegliche Erfahrung in der Führung eines Großunternehmens) und Interims-Geschäftsführer Auerhammer (hochgradig belastet, weil zugleich Stabschef im Rathaus). Weitere Vertraute gibt es nicht mehr.

Währenddessen erholt sich der OB. Besser gesagt: Er befindet sich auf der Flucht vor der selbst verschuldeten Leipziger Problemlast, weil er sich - nach dem klassischen Verhaltensmuster eines Hasardeurs - darauf einließ, sich zuerst von CDU in einen Zeitplan einschnüren zu lassen, ehe überhaupt über die notwendigen Inhalte gesprochen wurde. In dieser verfahrenen Situation hilft auch der gebetsmühlenartige Verweis auf die immer wie-

der engagierte, komplett privatwirtschaftlich abgerichtete Beratungsgesellschaft KPMG nicht. Die KPMG ist nicht die outgesourcte strategische Politikabteilung des Leipziger Rathauses. Sie ist nicht demokratisch legitimiert, über strategische Fragen der Leipziger Stadtentwicklung zu befinden, deren tiefgründige Erörterung im Leipziger Stadtrat OB Jung scheut. Es drängt sich eine spezielle Lesart der Abkürzung KPMG auf: Keine Privatisierung Mit Gehirn. Wohl aber in blinder neoliberaler Gefolgschaft des SPD-Oberbürgermeisters zur CDU und zur FDP.

Vielleicht studiert Burkhard Jung am See Genezareth ja die Online-Ausgabe der LVZ. Dann sollte ihm die tiefende Demagogie des CDU-Fraktionsvorsitzenden Achminow schwer zu denken geben, der einen privaten LVV-Anteilseigner will, weil dieser angeblich als neuer Investor nach Leipzig käme und hier Steuern zahlen würde. Mit einem solchen Tiefpunkt der Volksverdummung sollte Achminow den entfleuchten Oberbürgermeister nicht den Urlaub verderben. Wer auch käme als LVV-Anteilseigner, er wäre mit Beteiligungen schon reichlich bestückt. Und der zusätzliche Leipziger Happen würde nur zur "Steuroptimierung" gebraucht, wovon diese Stadt nichts hätte. Nur ihr kommunales Eigentum wäre sie los. Und ob sich die Stadt Leipzig auf ein solch krummes Geschäft einlassen sollte, kann sich der Oberbürgermeister in seinem Urlaub ja reiflich überlegen.

• VOLKER KÜLOW



Türklinken putzen...

...seit einem halben Jahr stehen in einem schönen 100-jährigen Mietshaus drei Wohnungen leer. Top saniert - wie es heißt - die Türklinken geputzt, die Räume mit über 100 Quadratmetern zu groß geraten für die meisten Leipziger Portmonees. Für die freundliche junge Immobilienmaklerin aus München unbegreiflich - sie hat offenbar die Münchner Vergleichsmieten im Kopf - vergisst aber dabei, dass der Verdienst an der Pleiße ungleich bescheidener ausfällt und sehr viele Familien sechs Euro pro Quadratmeter nicht so einfach aus der Porto-Kasse bezahlen können. Türklinken putzten in den vergangenen Wochen auch sehr viele junge Leute, um an eine Lehrstelle zu kommen. Am 1. August stand mir eine so junge auszubildende Verkäuferin gegenüber. Aufgeregt, denn der Chef des kleinen Geschäftes bildet sie höchstpersönlich aus. Sie zitterte beim Einpacken. Ihr war anzumerken, wie die Situation sie belastete. Ich war als ihr erster Kunde freundlich und der Ladeninhaber verabschiedete mich mit den Worten: „Sie waren ein guter Kunde“ Ich wünschte im Stillen der jungen Frau alles Gute im wahrsten Sinne des Wortes.

Jeden Montag putzt ein ehemaliger Ingenieur die Klinken und vieles andere mehr. Er hat sich als Hausmeister selbstständig gemacht und wurde, weil er preiswerter als andere arbeitet, vom Hauseigentümer engagiert, aber verdient eben weniger. Übrigens: wenn heute jemand unrechnet, 350 Euro für eine „preiswerte“ Wohnung, das bedeutet gleich 700 DM, das bedeutet gleich 3000 DDR Mark - je nach Schwindelkurs. Und wenn Münchner uns Leipzigern noch immer sagen, Ihr wohnt doch günstig wie keiner im Land...

dann grübelt wieder mal

Euer Lipsius



„Ich habe derzeit das Vertrauen in den OBM verloren. Was er aber wissen sollte: Man kann Vertrauen verlieren, man kann es sich auch wieder erwerben.“

Wolfram Lenze,
Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen

Bürger begehren auf ...

Unterschriften gegen den Verkauf der Leipziger Stadtwerke und weiterer Unternehmen

Die Initiatoren wollen den „Ausverkauf der Stadt stoppen“ und die Leipziger in dieser Angelegenheit ab September um ihre Unterschrift bitten. Sie treffen sich zur Zeit einmal pro Woche und verständigen sich über ein Bürgerbegehren. Zu den Engagierten zählt auch Henner Kotte, seines Zeichens Krimiautor und Leipzig-Stadtführer sowie Träger des mdr-Literaturpreises. Zur Zeit moderiert und kommuniziert er jedoch vor allem die verschiedenen Aktivitäten der geplanten Proteste.

LN fragte Henner Kotte:

‘ Was regt an den geplanten Anteilsverkäufen auf? (H.K.) Ich kann jetzt nicht mit gewaltigen Zahlenspielen und Bilanzen aufwarten, das ist nicht mein Metier. Trotzdem sage ich: Wieso wird etwas verkauft, das Gewinn bringt. Man holt sich jetzt überall - offenbar die große Mode - Investoren für kurzfristige Geldströme, um sich zu sanieren Was passiert aber, wenn die Herren die Dinge runtergewirtschaftet haben? Wie teuer kommt das Ganze uns Bürgern dann zu stehen?

‘ Es ist für Laien nicht leicht hinter die wirtschaftlichen Prozesse und Bilanzen zu schauen?

Es bleibt für viele Leipziger, und da schließe ich mich ein, aber ein äußerst ungutes Gefühl, und dem wollen wir mit

Unterschriften für ein Bürgerbegehren Ausdruck verleihen. Es gibt den wunderbaren Begriff der Daseinsvorsorge, den ich zwar kaum in meinen Büchern verwende, an dem ich jedoch in dieser Angelegenheit schon festhalten möchte Strom, Wasser, Wohnungen, das gehört in die vollständige Verantwortung der Stadt, das darf nicht auf Börsen verhökert werden. Nur in kommunaler Hand können diese Aufgaben gemeinwohlorientiert geleistet werden. Das lassen wir uns nicht ausreden.

‘ Wer engagiert sich und wieviel Unterschriften sind nötig?

Fünf Prozent der Einwohnerzahl sind nötig, das heißt 25000. Sehr engagiert ist das APRIL-Netzwerk. Aber auch viele Bürger und Vereine sprechen uns an. Wir suchen Verbündete bei der LINKEN, den GRÜNEN und in kirchlichen Kreisen. Beginnen werden wir mit der Aktion am 3. September im Stadtzentrum. Sechs Wochen bleiben uns Zeit.

‘ Wird es dann in etwa heißen: Bitte unterschreiben gegen den Stadtwerkeverkauf?

So einfach darf man es sich nicht machen. Darum feilen wir im Moment noch an Argumentationslinien, die auf die unterschiedlichen Bürger und ihre Interessen eingehen und Hintergründe näherbringen. Wir planen außerdem eine Bürgerzeitung und Handzettel.



Wer will das bezahlen?

(LN) Unter dem Motto: „Wachsende Armut - steigende Fahrpreise“ rief die Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ pünktlich zum Preiserhöhungstag am 1. August vor dem Hauptbahnhof zum Protest auf. Auch Unterschriftenlisten fehlten nicht, mit denen eine Klagemauer am LVB-Service-Punkt errichtet wurde.

Bei vielen Unterzeichnern waren die Zornesfalten nicht zu übersehen, sie sehen die „Mobilität für Jedermann“ in der Stadt schon längst nicht

mehr für die meisten Bürger gewährleistet. „Wir müssen uns wehren, dass Straßenbahnfahren mit schöner Regelmäßigkeit immer teurer wird.“

Unser Fotograf entdeckte am Hauptbahnhof auch eine „Preis-Jahr-Uhr“ bei der sich die Zeiger schon längst in kaum bezahlbaren Höhen drehen. Die Zahlen reißen Löcher in die Haushaltskassen. Schüler, Rentner, Azubis, Studenten sehen nicht ein, dass diese Kostenspirale am Fahrkartenautomat offenbar kein Ende mehr findet.



Fotos:Eiltzer

„Nachsitzen“ im Schulmuseum

Kontroverses zur Ausstellung: „Das hat's bei uns nicht gegeben!“ Antisemitismus in der DDR

Die Exponate eines so speziellen Museums, sollten Reflexionen auf die eigenen, ersten, wichtigen Lebensjahre, Gedanken und auch Irrtümer ermöglichen. Beim abendlichen Weg in Richtung Diskussionsraum zum angekündigten Thema: „Antisemitismus in der DDR?“ entdeckte ich zunächst meine Schulbibel aus den 50er Jahren. Da war ich zwar zunächst beim ABC aber noch nicht bei „A“ wie Antisemitismus. Dr. Horst Helas, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und vor Jahrzehnten selbst Schüler in Leipzig-Stötteritz, inzwischen Historiker, schlug in der ersten halben Stunde des Abends einen Bogen von den Anfängen der DDR bis zur Biermann-Ausbürgerung und dem Bau der Synagoge in Berlin. Sekundiert von Moderator Sebastian Voigt, einem um Jahrzehnte jüngeren Mann, mit Schulausbildung in der alten BRD und inzwischen Student der Soziologie.

Die stimmige Art des Vortrags beider stimulierte eine durchaus aufregende und anregende Debatte unter den annähernd 30 Anwesenden. Auch da reichte die Lebensspanne zwischen zwei und sieben Jahrzehnten.

Die Ausstellung „Das hat's bei uns nicht gegeben! Antisemitismus in der DDR“ löst zur Zeit Kontroversen aus. Nutzen die einen die Platzierung des Themas, um die tief sitzende Aversion gegen die DDR zu entladen, verschließen sich andere mit dem Verweis auf das antifaschistische Selbstverständnis der DDR einer Debatte. Umfängliche Diskussionen über ganze Zeitungsseiten hinweg gibt es in diesen Wochen zu diesem Thema nicht nur in der Ost-West- Wochenzeitung „Freitag“. 76 Jugendliche haben in acht ostdeut-

schon Städten zu diesem Thema geforscht und präsentieren die Ergebnisse in dieser Exposition.

Weniger akademisch als mitunter auf langen Zeitungsseiten und doch sehr ehrlich, manchmal fast privat, kam man im Raum des Schulmuseums am Abend ins Gespräch.

Haltungen, Sichten, Erlebnisse wurden erzählt und diskutiert und so kam es auch bald zur oft gehörten Bemerkung: „Da muss ich in einer anderen DDR gelebt haben.“ Mit solcher Argumentation fährt sich ein Meinungs-austausch – auch ein noch so ehrlicher – relativ rasch fest. Und manch jüngerer Zuhörer stöhnte deshalb auf: „Jetzt geht es schon wieder in diese Richtung, damit kann ich bald nichts mehr anfangen.“

Außerdem noch mal anders: Da gestand ein Zuhörer, dass er mit dem Zirkel in den frühen 60er Jahren als Viertklässler ein Hakenkreuz in die Schulbank geritzt hatte. Wäre das damals rein zufällig fotografiert worden, hätte dieses Bild große Chancen gehabt, eventuell in dieser aktuellen Ausstellung als Beweis aufzutauhen. Was wäre aber damit bewiesen? Es gab solche geschmacklosen „Mutproben“ auch in der DDR, aber die waren zum Beispiel bei diesem 10-Jährigen ohne antisemitischen Hintergrund. Wichtiger war vielmehr, dass der Lehrer – nach Entdeckung – die Klasse solange nachsitzen ließ, bis sich der „Kreuzler“ meldete.

Nach einer weiteren interessanten Diskussionsrunde ohne Rechthabereien und ohne Schlusswort, gab es die Möglichkeit, sich mit der Wanderausstellung vertraut zu machen, und sie zu begutachten.

Leider hinterließ sie nicht nur bei mir – im Gegensatz zur vorherigen Diskussion – einen zwiespältigen, ja unbefriedigenden Eindruck. Und dieser bezieht sich besonders auf die Schautafel „Antisemitismus in Leipzig“. Ich stelle mir die Frage, was heutige Schüler beispielsweise mit diesem wörtlichen Zitat einer Leipzigerin anfangen sollen: „Ich hatte in der DDR keine Komplikationen. Nur als ich einen Artikel an die Zeitung wegen Globke schrieb, da bekam ich deshalb merkwürdige Post.“

Zunächst: Fragen Sie mal einen heute 12-Jährigen nach Globke. Das Ergebnis wird gegen Null tendieren und ein solcher Satz besagt zu obigem Thema doch wohl kaum etwas und bleibt in dieser Verknappung mehr als nebulös. Gehört er in eine solche Ausstellung?

„In der Bevölkerung habe ich keinen Antisemitismus gespürt. Sie haben es sich einfach nicht getraut“, so wird auf der gleichen Schautafel eine andere Leipzigerin zitiert. Ja, vielleicht auch deshalb nichts gespürt, weil viele Menschen nicht antisemitisch waren! Nicht getraut?

Ich beziehe die jungen Ausstellungsbe-truerinnen in ein Gespräch ein und frage: Warum unterscheidet sich gerade diese Leipzig-Seite in Diktion, Inhalt und Qualität von den anderen Schautafeln?

Ich erfahre, dass diese Arbeit ein „Anhängsel“ des Schulmuseums für diese Ausstellung der Amadeu-Antonio-Stiftung ist und künftig nicht mit durch die Bundesrepublik touren wird. Das spricht wohl auch für eine eher schlechte Benotung. Bei einem solchen Thema ist das aber inakzeptabel. **• MIZO**

Leipzigerin auf Zeit



AM 1. AUGUST 1910 (nicht 1911, wie irrtümlich auf dem Grabstein angegeben) in Stuttgart geboren, seit 1929 in Leipzig lebend, hier in Kontakt mit jüdischen Antifaschisten tretend, im März 1933 kurzzeitig verhaftet, emigriert Gerta Pohorylle noch im gleichen Jahr nach Paris. Mit ihren Fotos vom Kampf der Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg wird sie unter den Namen Gerta (Gerda) Taro weltbekannt. Wenige Tage vor ihrem 27. Geburtstag stirbt sie nach einem Luftangriff der faschistischen deutschen Legion Condor im Lazarett von Escorial. Ihre Beerdigung am 1. August 1937 in Paris wird zu einer zehntausendfachen Manifestation gegen den Franco-faschistischen Putsch im benachbarten Spanien. Beigesetzt wird Gerda Taro nahe der Mauer der Konferierten auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise. Unser Foto – aufgenommen im April dieses Jahres – zeigt die schlichte Grabstätte, geschaffen von dem Schweizer Bildhauer Alberto Giacometti (1901-1966).

(Text und Foto: Edmund Schulz)

Rolf Reuter ein Rechter – oder ein Aufrechter?

Rolf Reuter ist ins Gerede gekommen. Tom Schreiber (SPD) hat recherchiert, dass der langjährig erst als Generalmusikdirektor an der Oper Leipzig und dann an der Komischen Oper Berlin tätig gewesene, international von Paris bis Peking gefeierte 81-jährige Dirigent Verbindungen zu rechtsradikalen Kreisen habe. Deshalb fordert der Rechercheur mit

Von **WERNER WOLF**

Rückenwind anderer Berliner SPD-Abgeordneter, der Bundespräsident solle die Aberkennung des Rolf Reuter verliehenen Bundesverdienstkreuzes prüfen. Ebenso soll die Komische Oper die Aberkennung der Rolf Reuter 1993 verliehenen Ehrenmitgliedschaft prüfen.

Was ist geschehen? Rolf Reuter, ein eindeutig humanistisch denkender und handelnder Künstler, hat im „Freundeskreis Ulrich von Hutten“ Vorträge über klassische Komponisten und das Volkslied als Mutterboden der

Musikkultur gehalten. Er sah keinen Grund, der Einladung eines Kreises, der den ehrenvollen Namen des humanistischen Streiters und Verfassers des zweiten Teiles der „Dunkelmännerbriefe“ Ulrich von Hutten trägt, nicht zu folgen.

Dass dieser Kreis den Namen des humanistischen Zeitgenossen von Luther, Melancthon, Müntzer missbraucht, um rechtes Gedankengut zu propagieren, vermutete der Dirigent zunächst nicht. Als ihm das deutlich wurde, hat er seine humanistischen Positionen betont vertreten und gegenteiligen Ansichten widersprochen. Er war und ist aber der Meinung, dass reaktionären Auffassungen nicht mit kurzschlüssigen Forderungen wie „Faschisten raus“, sondern mit beweiskräftigen Argumenten entgegnet werden sollte. Er tat das in seiner Gutgläubigkeit (man kann auch Naivität sagen) auf die Gefahr des Missverstehens hin, wie es sich nun zeigt.

In einer am 2. August abgefassten Stellungnahme betont Rolf Reuter, dass sein in Veröffentlichungen erwähntes Schreiben

an die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte kein Unterstützungsschreiben und schon gar keine Solidaritätsadresse für Personen wie der rechtsgerichtete Verleger Andreas Röhler ist, deren anderweit ausgedrückt Haltung er

Rolf Reuter.

1926 in Leipzig geboren, als Sohn des Komponisten Rolf Reuter. Seit 1961 musikalischer Leiter in Leipzig.

1979/81 Chef der Staatskapelle Weimar, danach Generalmusikdirektor der Komischen Oper Berlin. Honorarprofessor der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“

Freundeskreis U. v. Hutten

1982 gegründet, wird vom Verfassungsschutz als neonazistisch eingestuft.

unmissverständlich ablehnt. Es weist ausschließlich auf zwei formale Details hin, die nicht seinem Demokratieverständnis entsprechen. Rolf Reuter aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen zur Meinungsfreiheit als Befürwortung rechter Umtriebe und gar antisemiti-

scher Tendenzen ankreiden zu wollen, zeugt von völliger Unkenntnis der Lebensleistung dieses aufrechten Künstlers.

Wer einigermaßen mit dem Wirken Rolf Reuters vertraut ist, weiß, dass er stets gegen Antisemitismus und Verunglimpfung anderer anderer Völker aufgetreten ist, nicht etwa erst, als er in zweiter Ehe eine Frau mit jüdischen Vorfahren heiratete. Als Hochschullehrer förderte er Studenten jüdischer Herkunft und setzte sich für sie wie für andere Absolventen auch nach Abschluss des Studiums ein.

Deshalb reagierte sein wohl prominentester Schüler, Vladimir Jurowski, Nachfolger Kurt Masurs als Chef des London Philharmonic Orchestra, in einem Interview (Leipziger Volkszeitung am 2. August, S. 10) entschieden auf die gegen Reuter geführte Kampagne. Jurowski hält die Vorwürfe für absurd und sagt über Gespräche mit Reuter: „Ich selbst bin Russe und Jude. Wir haben sehr oft über seine und meine Wurzeln gesprochen. So etwas wie eine rechtsradikale Ausrichtung hätte ich mit Sicherheit zu

spüren bekommen. Das war aber nie da.“

An anderer Stelle sagt Jurowski: „Was ist das für eine Welt, in der man des Rechtsradikalismus bezichtigt wird, nur wenn man das Volkslied als Mutterboden für die Hochkultur preist.“ Den Kritikern Reuters scheint nicht bewusst zu sein, dass bereits vor und um 1500 mehrere franko-flämische Komponisten das damals populäre Volkslied „L'homme armé“ für ihre am bekanntesten gewordenen Messen verwendete, dass Bachs ergreifende Choräle „Wie soll ich dich empfangen“ im Weihnachtsoratorium und „O Haupt voll Blut und Wunden“ in der Matthäus-Passion auf Hans Leo Haßler Lied „Mein G'müt ist mir verwirret“ zurückgehen, dass „Des Knaben Wunderhorn“ eine wesentliche Quelle für Gustav Mahlers Sinfonik sind. Als es 1972 Einwände gegen eine Aufführung von Mendelssohns Reformations-Sinfonie des am Reformationstag durch das Orchester der Leipziger Musikhochschule gab, setzte sich Reuter gegen alle kleinkarierten Auffassungen durch.

Wo bleibt eigentlich die „kleine Hufeisennase“? Sommerschlaf? Lichtabstinenz? Oder von Angelika Meeth-Milbradt mit einem Schälchen Milch vom Areal am Waldschlösschen weggeockt? Dabei hatten die Gegner der genau dort geplanten Elbquerung so auf die vom Aussterben bedrohte und damit geschützte Fledermaus gehofft. Schien sie doch die Einzige zu sein, die ihnen den Brücken-Klotz ersparen und den Welterbetitel hätte erhalten können. Aber Batman machte die Mücke und plopp! – Da geht er hin, der Unesco-Welterbetitel fürs Dresdner Elbtal. „Empörend“, findet das unser aller Bundestagsvizepräsident, den wir liebe- wie respektvoll Fussel-Thierse nennen und der mit seinem Ausruf weder den unsichtbaren Nachtjäger noch den Titelverlust meint, sondern Georg Milbradt. Aber warum eigentlich? Sachsens Ministerpräsident (MP!) hatte beizeiten klar gemacht,

Brücken und Mauern



Dresdner Bäbe

Hauptstadtbetrachtungen
von G. Hupf

dass er den Welterbetitel für „verzichtbar“ hält. Milbradt-Kenner müssten wissen, dass ihm auch die von der Unesco eingeräumte Zweimonatsfrist zur Kompromissfindung am A ... vorbei gehen und er das vierspurige Monstrum nun erst recht bauen lassen würde. Auch oder gerade weil die aktuelle Mehrheit der Dresdner lieber den welterbetauglichen Elbtunnel gehabt hätte und sich nun auf fast drei Jahre Lärm, Staub und Stau freuen darf. Den Baubeginn aber ausgerechnet auf den 13. August zu legen, irritiert ein wenig, denn:

„Niemand hat die Absicht ...“

Apropos Mauer. Sachsens Umweltminister Tillich will diese Woche nach Grimma reisen, um dort den Beginn des Baus einer Hochwasserschutzmauer für die Muldestadt zu feiern. Fünf Jahre nach der Flut, na immerhin! Besser spät als nie... Und gerade jetzt, wo uns aus allen Medienkanälen die braune Brühe von 2002 entgegen-schwappt, passt das doch perfekt. Ebenso wie der wohl temperierte neue sächsische Internetauftritt (www.klima.sachsen.de), über den der potentiell

umweltsündige Sachse lang und breit erklärt bekommt, was er alles falsch macht und sauber präsentiert kriegt, wie toll die Staatsregierung das mit dem Klima schon macht. Aber wie passt das zum herzhaften Bekenntnis des MP (!) zur heimischen Braunkohle, zu dessen Schulterschluss mit Vattenfall und zum umjubelten Bau des vierten Blocks im Kraftwerk Boxberg, für dessen Auslastung ein paar Dörfer in der Lausitz werden weichen müssen? Das fragt sich auch der Landtagsgrüne Lichdi und rechnet prompt vor, dass der Kohlendioxid-Ausstoß hierzulande um fast 30 Prozent über dem deutschen Durchschnitt liegt und der stolze Verweis auf das seit der Wende Erreichte komplett daneben geht. „Die DDR ist kein Maßstab. Der Justizminister prahlt ja auch nicht mit dem Rückgang der politischen Gefangenen um 100 Prozent“, erklärt der Grünling süffisant.

Apropos süffisant: Wussten Sie, dass Fürst Pückler ein Frauenliebhaber war? Ich nicht. Für mich war Pückler immer nur Eis. Halbgefrorenes: weiß, rot, braun. Um einseitig genussorientierten Halbwissenden wie mir auf die Sprünge zu helfen, gibt's in Dresden jetzt eine Ausstellung über den berühmten Landschaftsgestalter. Dass die Pückler-Schau allerdings im Finanzministerium aufgebaut ist, lässt mich Böses ahnen. Ein versteckter Hinweis, dass nach Milch, Fleisch und Brot nun auch Eis teurer wird?? Aber nein! Der Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau gehört seit 2004 zum Welterbe (!) und die Antragstellung lief seinerzeit über die durch Landes- und Bundesmittel gespeiste Stiftung-Pückler-Park. Der Titel wurde damals übrigens auf der Muskauer Doppelbrücke (!), einer direkten Verbindung zwischen dem deutschen und dem polnischen Parkteil, übergeben. Wow! Was mit Brücken so alles geht ...

Falken: Flath führt SPD am Nasenring

Gemeinschaftsschule fristet weiter Nischenexistenz

LN. Zum Interview mit Kultusminister Flath in der „Sächsischen Zeitung“ zu Gemeinschaftsschulen erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Cornelia Falken: Der CDU-Kultusminister führt die SPD am Nasenring durch die schulpolitische Arena: Die Zahl der Gemeinschaftsschulen lässt sich an einer Hand abzählen, und daran soll sich in den nächsten Jahren fast nichts ändern. Damit ist der Koalitionsvertrag in punkto Bildungspolitik einmal mehr Makulatur, und die Behauptung der SPD, mit den Gemeinschaftsschulen werde in Sachsen der Einstieg ins längere

gemeinsame Lernen organisiert, nur noch eine Luftnummer. Tatsächlich werden die Gemeinschaftsschulen, so lange die CDU in einer sächsischen Landesregierung das Sagen hat, eine kümmerliche Nischenexistenz fristen. Bildungspolitik ist das zentrale landespolitische Thema, und auch hier gilt, wie es Milbradt bereits mit Blick auf die Wirtschaftspolitik gesagt hat: Es wird weiter CDU-Politik gemacht. Offenbar hat Kultusminister Flath immer noch nicht begriffen, was eine Gemeinschaftsschule überhaupt ist. Ich bin gespannt, wie die SPD-Bildungspolitiker auf diese erneute Demütigung reagieren.



Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Juli

Durchhänger statt Durchbruch

Noch während der Pressekonferenz der Agentur für Arbeit Leipzig durchforstete mein Nachbar von der Gewerkschaft die seitens lange Statistik nach dem Durchbruch. Ich fand auch nichts. In Leipzig und Oschatz stiegen die Zahlen gegen den sächsischen Trend wieder leicht an und beweisen ein saisonal nicht unübliches Sommerloch. Trotz 5300 Arbeitslosen weniger als 2006 beträgt die aktuelle Zahl 64 118 (641 mehr als im Juni). Arbeitsuchend gemeldet sind hohe 103 425, die sich bei einem Stellenbestand von 4480 echten Stellen nicht allzu große Chancen ausrechnen können. Dieser Bestand liegt 25,6 % unter dem Vorjahr! Seit Jahres-

beginn wurden 13 487 Stellen auf dem 1. Arbeitsmarkt akquiriert, was einen leichten Zweifel am vorschnellen Siegestaumel produziert. Im Juli mussten sich 9944 Menschen arbeitslos melden. Das waren 2104 mehr als im Juni und 1028 mehr als im Vorjahr. Im Vergleich der Geschäftsbereiche bleibt Leipzig hinten mit 17,2% im 17. Jahr der deutschen Einheit. Der Ausbildungsstellenmarkt entwickelt sich besser als im Vorjahr. Derzeit sind 3234 Angebote vorhanden (ein Plus von 900), dagegen stehen 9677 Anträge. Die Berichterstattung der ARGE ergab, obwohl die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung leicht zunimmt, keine Entspan-

nung. Zwar verließen 4048 Menschen Hartz IV, gleichzeitig kamen aber mehr neue hinzu, so dass 84 609 Leistungsempfänger in 48 608 Bedarfsgemeinschaften betreut werden müssen. Im Freistaat sank die Arbeitslosigkeit um 2103 Betroffene auf 310 303. Die Quote beträgt 14,2 Prozent. Das sind 39 137 weniger als im Vorjahr. Die Beschäftigung nahm um 45 361 Menschen zu. Motor ist das verarbeitende Gewerbe (plus 11 000), hingegen schwächte sich die positive Entwicklung im Baugewerbe ab. Eingeschätzt wurde weiterhin, dass Frauen von der Entwicklung weniger profitieren als Männer. Ihre Arbeitslosenquote ist um 0,5 Prozent höher, und sie sind durchschnittlich 183 Tage länger arbeitslos und in größerem Umfang geringfügig beschäftigt.

• J. SPITZNER

26. Juli

Chemnitz. Trotz Jobs sind immer mehr Sachsen auf ALG II angewiesen. Im Oktober 2006 wurden mit rund 56 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 4500 mehr ALG-II-Empfänger als im Mai des Vorjahres registriert. Auch bei den geringfügig Beschäftigten stieg die Zahl der ALG-II-Empfänger um rund 600 auf 39 000.

27. Juli

Zwickau. Wie Dresden verkauft nun auch Zwickau kommunale Wohnungen an die Immobilienholding Gagfah, hinter der der US-Finanzinvestor Fortress steht. Für die 3000 Wohnungen, etwa 30 Prozent des Bestandes, sollen rund 95 Millionen Euro geboten worden sein.

Zittau. Wieder wurde ein Parteibüro der Linken Ziel eines Anschlags. Da die vier ins Fenster geworfenen Steine offenbar mehrere hundert Meter transportiert wurden, kann ein geplanter rechtsextremer Angriff von der Polizei kaum mehr ausgeschlossen werden.

28. Juli

Leipzig. Die Handelshochschule ist dem

SACHSEN-CHRONIK

(26. Juli bis 6. August)

Chef der Deutschen Bank, Ackermann, eine Ein-Millionen-Euro-Spende wert. Er lobte sie als eine der besten deutschsprachigen Wirtschaftsfakultäten.

30. Juli

Leipzig. Harald Langenfeld, der Stellvertreter hat den noch amtierenden Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse, Peter Krakow, weitgehend entmachtet und vorfristig die Führung übernommen. Gegen Krakows Geschäftsgebaren ermitteln die Staatsanwaltschaft und die Finanzaufsicht Bafin.

31. Juli

Dresden.

Mit 64 Millionen Euro aus EU-Mitteln werden mindestens sechs der 15 sächsischen Fraunhofer Institute bis 2013 ausgebaut, weitere 16 Millionen schießt die Gesellschaft selbst zu. Betreffen wird das

unter anderem das Technologiezentrum für Halbleitermaterialien in Freiberg sowie die Dresdner Institute für Werkstofftechnik und für Keramische Technologien.

1. August.

Dresden. Fünf Jahre nach der Flutkatastrophe bilanziert der World Wide Fund for Nature (WWF), mehr als 100 Fälle, bei denen eventuell Flutgelder zweckentfremdet eingesetzt wurden, aber das sei nur die Spitze des Eisberges. Bei zahlreichen kommunalen Infrastrukturprojekten gäbe es keinen Zusammenhang mit der Flut. Auch nicht mit dem Bau einer Kegelbahn in einem Bad Schandauer Hotel.

Dresden. Die Landtagsfraktion der Grünen hat errechnet, dass allein die Personalkosten für Polizeieinsätze während der Fußballspiele der vergangenen Saison den Steuerzahler fünf Millionen Euro kosteten.

Zusätzlich rund 320 000 Euro entfallen auf Ausgaben für auswärtige Polizeikräfte; so waren Hundertschaften aus Hamburg, Bayern und anderen Ländern eingesetzt.

2. August.

Chemnitz. Sachsen ist Schlusslicht bei der Betreuung von Hartz-IV-Empfängern. Nach Angaben der Linken kommen in den Arge auf einen Vermittler 193 Langzeitarbeitslose über 25 Jahre. Ähnlich schlecht und damit unter der Normen ist auch die Betreuung jugendlicher Hartz-IV-Bezieher.

3. August

Leipzig. Der Geschäftsführer des FC Sachsen, Jens Ellinger, tritt zurück. Hintergrund sei die Finanznot des Klubs. Auch die für Ende Juli angekündigte Zahlung von Hauptsponsor Michael Kölmel steht aus.

5. August

Görlitz. Fünf Stolpersteine zum Gedenken an jüdische Faschismus-Opfer werden mit Papier überklebt und mit einer klebrigen Substanz übergossen. Auf einem Papier werden Gedenksteine für deutsche Kriegsopfer gefordert. Solche Steine sind bereits in Bautzen, Zittau, Bischoffswerda und Delitzsch beschmiert worden.

Allen drei Bahngewerkschaften (TRANSNET, GDBA, GDL) ist gemeinsam, dass sie vor dem Börsengang kapitulieren. Das sollte man wissen, bevor über den Tarifkonflikt bei der Bahn, also den Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital im größten und einschneidendsten Privatisierungsobjekt der Bundesregierung geurteilt wird. Denn dieser Konflikt ist eine Konsequenz des Börsenwahns, des Krieges um die Quote. Mit der angeblichen „Macht- und Geldgier“ der Lokführergewerkschaft GDL, dem „Denkmal“, das sich ihr Vorsitzender setzen will, dem Bild vom „eitlem Lokführer, der sich etwas Besseres dünkt“ usw. ist da nichts auszurichten. Dieser Konflikt hat die Eisenbahner im Fahrdienst, aber nicht nur sie deutlich empfänglicher gemacht für grundsätzliche Debatten über die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit, die Art und Weise ihrer Interessenvertretung, die gemeinsamen Arbeits- und Lebensbedingungen u. ä. Der Tarifkonflikt, den der Bahnvorstand über Jahre hinweg selbst provoziert hat, führte zu einer unübersehbaren „Radikalisierung“ unter den Eisenbahnern, auch hinsichtlich des Vertrautmachens mit dem Streikrecht und der sogenannten Friedenspflicht, die zwar international seltener geworden ist, aber in der BRD immer noch existiert. Diese Pflicht erinnert daran, dass Tarifverträge Waffenstillstandsabkommen sind. Ein Lokführer aus Leipzig brachte es im Zusammenhang mit den bundesweiten Warnstreiks auf den Punkt: „Es ist schon nicht leicht, im Einklang mit dem deutschen Gesetzesdschungel, Arbeitnehmerrechte durchzusetzen: ‚Wasser predigen und Wein saufen‘...“

Es stimmt, der von TRANSNET und GDBA abgeschlossene Tarifvertrag ist der höchste Abschluss, den es bislang in der Geschichte der Deutschen Bahn AG gegeben hat – auch deshalb, weil er die niedrigsten Lohngruppen berücksichtigt. Und es stimmt auch, dass der von der GDL geforderte besondere Fahrpersonalarifvertrag

Wir haben in den letzten Jahren genügend verzichtet – auf Geld (sinkende Realeinkommen seit 1993), auf Freizeit, auf Urlaub u. a., aber wir haben verzichtet, um unsere Arbeitsplätze zu erhalten, nicht damit die Vorstandsgehälter um über 62 Prozent und die Erfolgsprämien für den Börsengang ins Astronomische wachsen.

keineswegs unbedingt dem Interesse des Fahrpersonals (Lokführer, Zugbegleiter, Bordgastropersonal) entspricht, da sein Interessenstandpunkt gegenüber dem aller vom Lohn lebenden Eisenbahner kein besonderer ist. Der Bahnchef, der den Spitznamen „Eisenbieger“ hat, spricht hier, wie z. B. in seinem „Brief an die Fahrpersonale“ der DB AG vom 25. Juli immer wieder gern von der „Eisenbahner-Familie“. Aus dem Munde von Mehdorn nehmen das Eisenbahner natürlich nicht ernst – dessen Familie ist nicht ihre Familie. Es gilt ihnen bereits als unvereinbar, dass TRANSNET-Vorsitzender Norbert Hansen auch Mitglied des Aufsichtsrates ist und sich dessen Regime unterwirft. Dieses Thema ist ein Dauerbrenner in allen Debatten unter den Eisenbahnern. Ein solcher Dauerbrenner ist auch die zur Zurückweisung von Lohnforderungen gedachte Behauptung von Margret Suckale (Personalchefin der DB AG), ein Lokführer

könne keine Fehler machen, da die Technik dies verhindern würde. Dümmer geht's nimmer!

Es stimmt allerdings nicht, wie das selbst in linken Veröffentlichungen immer wieder verkündet wird, dass gerade von der GDL die Gefahr der Zerstörung der „Einheitsgewerkschaft“ ausginge. Diese Gefahr geht in der Frage der Bahnprivatisierung von der TRANSNET und der GDBA (beide bilden eine Tarifgemeinschaft) aus. Denn die TRANSNET ist die einzige Gewerkschaft des DGB, die sich für den Börsengang ausgesprochen hat und auf einem Sondergewerkschaftstag in Fulda, dem der Tarifabschluss vorgelagert war, Tiefensee den Segen für sein der ehemaligen „Deutsche(n) Reichsbahngesellschaft“

Es geht nicht nur um unsere Haut

Zum Tarifkonflikt bei der Bahn

ähneldes Privatisierungsmodell erteilt hat. Hansen spielte bekanntlich sogar mit dem Gedanken, den DGB zu verlassen. Verschwiegen wird auch, dass es sich für die Lokführer – insoweit es bei dem jetzigen Konflikt um den Lohn geht – insbesondere auch darum handelt, zurückzuholen, was ihnen im Zuge der „Bahnreform“ genommen wurde, nämlich die höhere Gehaltsgruppe, die nur noch den älteren Kollegen im Rahmen des sogenannten Bestandschutzes gewährt wird.

Zu den Mitgliedern der GDL gehören aber auch Zugbegleiter, Servicemitarbeiter usw. Es geht um das Fahrpersonal insgesamt. Und diese Eisenbahner unterliegen tatsächlich besonders widerlichen Ausbeutungsbedingungen, die nicht allein in der Schichtgestaltung zum Ausdruck kommen, sondern z. B. auch in entwürdigenden Mechanismen, die auf den Zügen installiert wurden, um die Kollegen unter Kontrolle zu halten. Diese reichen, wie man hört, bis zum Versenden von SMS durch „Testpersonen“, um anschließend die betreffenden Kollegen von ihren Vorgesetzten an Ort und Stelle überprüfen zu lassen. Nunmehr wurde noch eins drauf gesetzt, denn es spricht sich rum, dass die Bahn Taschenkontrollen bei Mitarbeitern des Bordservice organisiert.

Wer sich zudem mit dem Fahrpersonal – ob während der Zugfahrt oder anderswo – unterhält, kann erfahren, dass das Wort „Schichtdienst“ heute für die Kollegen einen ganz anderen Sinn hat. Nicht nur, dass sie Dienst haben können von heute 04.00 bis morgen 23.10 Uhr, der sie im Fernverkehr durch das ganze Land wirbelt, nein – die Dienste sind nach dem unerfindlichen Ratschluss einer Maschine, die natürlich entsprechend programmiert wurde, so gekoppelt, dass die Zeit zur Wiederherstellung der Arbeitskraft – geschweige denn zur Teilnahme am Familienleben – in den meisten Fällen völlig unzureichend ist. Die Wochenarbeitszeit beträgt ohnehin über 41 Stunden. Wobei man bedenken muss, dass auch die Fahrpersonale nicht

zwangsläufig dort wohnen, wo ihre Einsatzstelle ist, denn eine Vielzahl von Dienststellen wurde aufgelöst – aber Dienstbeginn bleibt 3.47 Uhr, egal woher der Kollege kommt. Diese Frage der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kollegen des Fahrpersonals, die unbedingt ein gewerkschaftliches Thema ist, wurde jetzt eben gerade von der GDL, d. h. der kleinsten Bahngewerkschaft, als eine Kernfrage mit innerem Zusammenhang aufgegriffen – als eine Frage, um die sich heftige Debatten gruppieren und die die Kollegen zusammenschließt. Selbst Mehdorn sah sich deshalb veranlasst, von den „Besonderheiten des Fahrpersonals“, das hoch spezialisiert und auch qualifiziert ist, zu sprechen.

Doch da es im Bahnkonzern modellhaft alles das gibt, was an Ausbeutungsmechanismen in jedem anderen kapitalistischen Konzern der BRD existiert, gilt dies natürlich nicht nur für das fahrende Personal.

Die klassenbewussten Gewerkschafter unter den Eisenbahnern setzen sich deshalb dafür ein, dass der Kampf des Fahrpersonals – unbestritten eine Kernschicht der Eisenbahner – mit dem Thema des Börsenganges verbunden wird – die GDL-Führung vertritt die Teilprivatisierung, die TRANSNET-Führung die Vollprivatisierung.

Nicht nur diese Eisenbahner sagen: Wir haben in den letzten Jahren genügend verzichtet – auf Geld (sinkende Realeinkommen seit 1993), auf Freizeit, auf Urlaub u. a., aber wir haben verzichtet, um unsere Arbeitsplätze zu erhalten, nicht damit die Vorstandsgehälter um über 62 Prozent und die Erfolgsprämien für den Börsengang ins Astronomische wachsen.

Im Spalten erfahren, hat der Konzern deshalb schon im Vorfeld der GDL-Streik-Urabstimmung allen Beschäftigten gedroht, die Zahlung der mit der TRANSNET vereinbarten Gelder für Mitglieder der GDL auszuschließen – ja sogar Rückzahlungen ins Auge zu fassen. Nur wer sich nötigen lässt und eine entsprechende Erklärung abgibt, erhält die Leistungen nach dem Tarifvertrag vom 9. Juli 2007. Der Konzern sieht natürlich, dass die Zuspitzung des Tarifkonfliktes, auch aufgrund der „sozialpartnerschaftlichen“ Politik von TRANSNET und GDBA, zur Sensibilisierung der Eisenbahner geführt hat. Größere Übertritte zur GDL sind daher keine Seltenheit – aber auch kein Ausweg. Das Motiv: „Endlich mal eine Gewerkschaft, die sich um uns kümmert.“ Und so muss an dieser Stelle festgehalten

werden, dass auch eine Bahngewerkschaft im Lohnkampf langfristig nur Erfolg hat, wenn sie an die Stelle der Berufsunterschiede den Klassenunterschied setzt – um diese Einheit des Handelns geht es. Das ist weder auf der Seite der GDL (die Gruppe der „kritischen LokführerInnen“ sieht als Streikhintergrund das Erreichen von „mehr Einfluss im Gesamtbetriebsrat“) und auch nicht auf der Seite der TRANSNET und der GDBA der Fall. Die klassenbewussten Gewerkschafter unter den Eisenbahnern setzen sich deshalb dafür ein, dass der Kampf des Fahrpersonals – unbestritten eine Kernschicht der Eisenbahner – mit dem Thema des Börsenganges verbunden wird – die GDL-Führung vertritt die Teilprivatisierung, die TRANSNET-Füh-



rung die Vollprivatisierung. Hätten die Bahngewerkschaften in diesem Sinn nicht jede auf ihre Weise kapituliert (die GDL z. B. setzt vor allem auf den Lokführermangel), hätten sie sich mit den vielen kritischen Bündnissen außerhalb der Bahn gegen den Börsengang zusammengesetzt, würden sie ihre reale Streikkraft, die gewaltig ist, gegen diesen Börsengang ins Feld geführt haben, er könnte niemals stattfinden. Aber wenn man z. B. hört, dass bei der Uraufführung des Dokumentarfilms „Bahn unterm Hammer“ in Berlin, TRANSNET-Funktionäre registrierten, wer aus ihrer Gewerkschaft teilgenommen hat, dann begreift man auch, warum dieser brisante Film bei TRANSNET nicht public gemacht wird!

Sehr vielen Eisenbahnern gibt es schließlich zu denken, dass das von TRANSNET und GDBA erzielte Tarifergebnis merkwürdigerweise schon vorher im Kollegenkreis als ziemlich sicher galt. Denn der von Norbert Hansen ausgereifene Streik entsprach der Wut der Eisenbahner, war aber zugleich das erprobte Mittel, um vom Geschehen um den Börsengang abzulenken. Und so setzt sich der klassenbewusste Gewerkschafter unter den Eisenbahnern auch dafür ein, dass die Kollegen des Fahrdienstes gewissermaßen als „Vortrupp“ für einen gemeinsamen Kampf der Eisenbahner stehen. Denn unbestritten ist: Die gewerkschaftliche Zersplitterung der Eisenbahner, die bis zum wechselseitigen Streikbrechertum gehen kann, dient nicht den Eisenbahnern! Unbestritten ist aber auch, dass selbst einer so kleinen Gewerkschaft wie der GDL keine andere Wahl bleibt, als sich in Zeiten, in denen von Profitsteigerungsraten um mehrere Hundert Prozent die Rede ist, gegenüber dem Kapital schadlos mit ihren Forderungen zu halten. Darauf verwies schon Friedrich Engels – und nicht ohne Grund, denn das kapitalistische Lohngesetz ist elastisch – vor allem nach unten.

• S. T.

(Um seinen Arbeitsplatz nicht zu gefährden, muss unser Autor dieses Kürzel verwenden)

Im Herbst 2007 werden die Abgeordneten des Bundestages erneut über den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan abstimmen. Derzeit beteiligt sich die Bundeswehr mit dem Einsatz „Operation Enduring Freedom“ (OEF; Operation dauerhafte Freiheit), der internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe (ISAF) und Tornados an dem Krieg in Afghanistan. DIE LINKE fordert ein sofortiges Ende der drei Bundeswehreinsätze, denn ihre Bilanz ist verheerend. 1,3 Millionen Menschen sind seit 2001 auf der Flucht. Ausländische Soldaten brachten im Jahre 2006 200 Zivilisten um. 2007 wurde diese Zahl, mit Beginn der „Frühjahrsoffensive“, bereits in der ersten Jahreshälfte erreicht. Die Menschenrechtssituation und die Lage der Mehrheit der Frauen haben sich ebenfalls nicht verbessert. Die Frauenorganisation Womankind Worldwide prangert an, dass einige Formen der Gewalt gegen Frauen sogar zugenommen haben, und die Sicherheit für Frauen in mehreren Provinzen schlechter ist als 2001. Die Bundesregierung begründet den Einsatz damit, dass der Aufbau von Strukturen in Afghanistan und Deutschlands Sicherheit durch die Bundeswehr geschützt werden müssten.

Linke. SDS.Hochschulgruppe Leipzig

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Die Zahlen sprechen allerdings eine andere Sprache: Seit 2002 wurden insgesamt 58 Milliarden Euro für Militärmaßnahmen ausgegeben und lediglich 5,2 Milliarden Euro für zivilen Aufbau.

Wenn die Regierung sagt, dass Deutschlands Freiheit und Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden, meint sie die Sicherung des Zugangs zu den Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf und in der kaspischen Region. Diesen will sie an der Seite der USA sichern,

um Unabhängigkeit von Russland oder den neuen Konkurrenten Indien und China zu erreichen.

Durch den Anfang des Jahres beschlossenen Tornado-Einsatz wurde die deutsche Beteiligung weiter ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF weiter fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit aktiv an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod unzähliger Zivilisten in Kauf.

Der sofortige Abzug der ausländischen Truppen ist eine Voraussetzung für effektive Hilfsmaßnahmen und die Entwicklung einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Deshalb demonstriert DIE LINKE am 15. September zusammen mit der Friedensbewegung in Berlin. Lasst uns gemeinsam an der bundesweiten Demonstration gegen den Krieg in Afghanistan und für den Abzug der Truppen teilnehmen:

JANA WERNER

LINKE. SDS.HOCHSCHULGRUPPE LEIPZIG

Bustickets und Infos unter:

DIE LINKE Stadtverband Leipzig;

Tel.: 0341-14064411

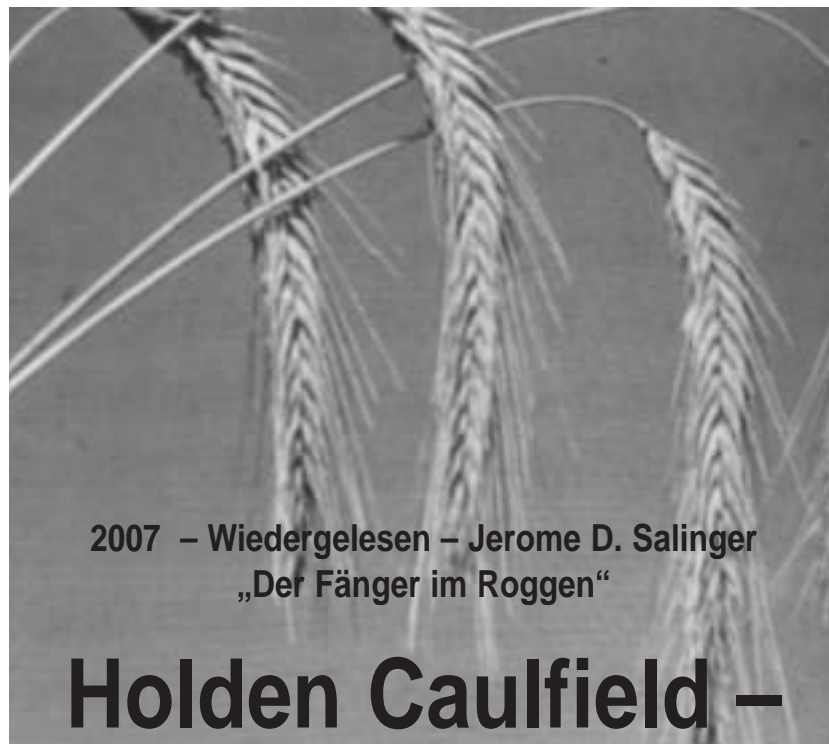
Jerome D. Salingers legendärer Roman „Fänger im Roggen“ erschien am 16. Juli 1951 in New York. Das nur knapp 200 Seiten umfassende Buch erlebte innerhalb von zwei Monaten fünf Neuauflagen – und hatte zwei Jahre später schon eine Weltauflage von 10 Millionen. Gunter Preuß, ein Schriftsteller aus unserer Region, hat es nochmals gelesen:

Es gibt eine Reihe von Büchern, die mich mein Leben lang begleitet haben. Protagonisten wie Huck Finn, Sindbad, Eugene Gant, Julia, die Bovary, Harry Haller, Julien Sorel und Johannes der Täufer sind mir zu unverzichtbaren Freunden geworden. Ihr oft beschwerlicher Lebenslauf, der manchmal schon in der Jugend tragisch endete, lässt mich der eigenen Vita gegenüber demütiger sein. Nur wenige können wie Sindbad nach einem erfüllten Leben

Von **Gunter Preuß**

sagen: Das Alter ist wie ein Sonnenuntergang. Es beleuchtet noch einmal die Welt, lässt noch einmal Meere und Flüsse, Berge und Täler, Minarette und Kuppeln erstrahlen. Dann geht die Sonne unter, und die Dunkelheit beginnt.

Eine geradezu zärtliche Verbundenheit habe ich zu Holden Caulfield, Salingers sechzehnjährigen Vertreter der verlorenen Generation, die durch die Zeitgeschichte geistert. Holden, der es auch im vierten Internat nicht aushält, traut sich, wenige Tage vor Weihnachten, nicht nach Hause. Er irrt durch New York, krank, depressiv, verwirrt und doch erschreckend klarsichtig, was seine seelische Isolation betrifft. In der Welt, auf die er stößt und an der er sich wund reibt, ist im Kampf ums Goldene Kalb offensichtlich jede Gemeinheit erlaubt. Holden, der noch in den Kinderschuhen steckende Rebell, ohne ein ihn stützendes Gegenkonzept zur verhassten Erwachsenenwelt, sieht seine Bestimmung darin, kleine Kinder, die im Roggenfeld spielen, vor dem Sturz in den Abgrund abzufangen. Doch Holden ist ja noch nicht einmal so weit, dass er wie Stendhals Julien und Fabrizio und all die anderen Glückssucher voller Ideale und Hoffnung in die Welt ziehen könnte. Er hat nicht die Kraft zum Aufbruch, alle Wege erscheinen ihm versperrt, wobei er verzweifelt nach Wegweisern sucht, die ihn aber nur tiefer



2007 – Wiedergelesen – Jerome D. Salinger
„Der Fänger im Roggen“

Holden Caulfield – ein Ritter von der traurigen Gestalt

in den Irrgarten hineinziehen. Julien und Fabrizio kehren schließlich besiegt, seelisch geschunden und resigniert heim, wo sie ein frühzeitiges Ende finden. Holden ist eher ein Nachkomme des so rührend unbeholfen agierenden Ritters von der traurigen Gestalt. Aber der Junge kennt seine Dulcinea noch nicht, für die sich das Anrennen gegen die Windmühlflügel, das Perpeduum mobile der Macht, lohnt. Das Sinn gebende Glück für eine Sache zu leben und wenn es sein muss, zu sterben, hat Holden Caulfield nicht. Ihm ist zur Selbstverteidigung nur seine Schnoddrigkeit geblieben, die uns im Parkett zum Lachen bringt und zu Tränen rührt. Man wird den Jungen auf Teufel komm raus am Leben erhalten, er wird nicht sterben dürfen am Widerspruch zwischen sich und der Welt. Sie, die Angepassten, werden ihn anpassen an Dekretiertes, das ihm nicht genug Licht lässt, sich auszuwachsen, zur Besinnung zu kommen und eigene Entscheidungen zu treffen. Holden Caulfield wird zu denen gehören, die er verachtet, er wird

heiraten, Kinder in die Welt setzen, mit harter Arbeit seine Brötchen verdienen und zusehen müssen, wie all die Kinder, die er vor dem Abgrund bewahren wollte, in das „perverse“ Erwachsensein abstürzen. Ja, vielleicht wird er sogar wegsehen, weil ja nicht sein kann, was nicht sein darf. Was bleibt ihm auch anderes übrig? In irgendeine vorgegebene Rolle muss er schlüpfen, um zu überleben. Ich darf er nicht werden. Der Prozess der Reife mit ungewissem Ausgang birgt zu viel Risiken für die auf Profit programmierte Gesellschaft. Wer nicht berechenbar bleibt und herumstochert, wo es weh tut, wird für verrückt erklärt, mit Tranquilizern kalt gestellt oder weggesperrt.

Ich war immerhin schon um die dreißig, Student des Literaturinstitutes „J. R. Becher“, als ich zum ersten Mal Salingers Buch in die Hände bekam. In der Straßenbahn, auf dem Weg zum Institut, war ich – gewöhnlich nicht selbstvergessen – derart von der Geschichte gefangen, dass ich bis zur Endstelle durchfuhr. Ein paar Jahre später brachte ich dann selbst mit

„Muzelkopp“ einen Sucher nach dem Wasser des Lebens, der die Welt retten will und doch selbst unrettbar in ihr verloren ist, auf die Bühne des Leipziger Schauspielhauses. Zuvor hatte ja Plenzdorf mit seinem artverwandten Edgar Wibeau in Halle einen geradezu spektakulären Erfolg. Heute undenkbar, dass ein Theaterstück eine immer mehr auf innere Sicherheit und Machterhalt bedachte Gesellschaft – wenigstens vorübergehend – aus der Erstarrung riss. Wir Alten erinnern uns noch an Literaturdiskussionen, wo ein Schriftsteller wieder einmal die angemahnten Spielregeln des „sozialistischen Realismus“ durchbrochen hatte. Als Anfang der siebziger Jahre W. Heiduczecks Erzählung „Mark Aurel oder ein Semester Zärtlichkeit“ erschien, warf das die leidenschaftlich diskutierte Frage auf, ob denn die „sozialistische Menschengemeinschaft“ eines ihrer Mitglieder – wie im Buch Tolja – aus ihrer Mitte entlassen darf? Wenn schon nicht fürs Himmelreich, so sollten die schwarzen Schafe doch für die Arbeiterklasse und den Sieg des Sozialismus gerettet werden. Nur hier und da konnte noch einer über den „Schutzwall“ zum Klassenfeind entschlüpfen. Unvergessen auch die, welche bei der Nestflucht gestellt und eingebuchtet wurden oder gar ihr Leben verloren. Die Geschichte hat inzwischen ihre Antwort gegeben: Wer auf den einen und anderen nicht verzichten kann, wird schließlich alle verlieren. Gesellschaftliches Leben taugt nicht für die Ewigkeit. Und eine Diktatur schon gar nicht. Für Holden Caulfield wie für viele aus dem „real existierenden Sozialismus“ Entlassene und andere weltweit ist der „American Dream“ – du musst nur hart arbeiten, dann schwimmst du im Fett – zur Lebenslüge und zum Albtraum geworden. Zu einseitig sind die Gewichte verteilt zwischen reich und arm und mächtig und ohnmächtig. Auch in den Demokratien gibt eine Oligarchie den Ton an, nach dem wir nun global mitblöken sollen. Holden, ich weiß, du würdest lieber für dich selbst sprechen, wenn du es denn noch könntest. So lege ich dir Martin Luther Kings Worte „I Have a Dream!“ in den Mund, die Gerechtigkeit und Freiheit nicht nur für sich selbst, sondern für alle wollen. Aber wie viel Perlen wurden im Lauf der Menschheitsgeschichte schon vor die Säue geworfen. Bis dann, Holden, wenn mir der große Zampano noch ein bisschen Zeit gibt, werde ich dich hier und da wieder zu Gesicht bekommen. Ich freue mich drauf.

Der Spiegel veröffentlichte am 30. Juli 2007 ein Interview, in dem André Brie als „Vordenker der Linken“ seiner Partei „Denken in Schwarz-Weiß“ (so der Titel) vorwirft. Es wäre nützlich, wenn alle Mitglieder und Anhänger der Linken Bries „Denken in Schwarz-Weiß“ kennen würden, weil dann klar würde, dass es sich nicht um die „Zuspitzung“ einer These handelt, sondern um die öffentliche Teilnahme des vermeintlichen „Vordenkers der Linken“ an der seit Wochen andauernden Diffamierungskampagne von BILD bis zur WELT gegen den Vorsitzenden der Linken. Es wird wohl niemand annehmen, der Spiegel sei jetzt das Zentralorgan zur innerparteilichen Diskussion unter Linken geworden. Brie aber äußert sich in diesem Blatt über den „Populismus seiner Partei und den Rückfall in die bolschewistische Machtpolitik.“ Das ist unmissverständlich.

Zunächst eine prinzipielle Bemerkung: Auf dem Dresdner Parteitag der SPD 1903, auf dem der Vorstoß der Revisionisten zurückgewiesen wurde, wurde intensiv diskutiert und dann beschlossen, dass SPD-Mitglieder nicht in der bürgerlichen Presse schreiben und dort Honorare empfangen dürfen. Die Begründung liegt auf der Hand. Auf diesem Parteitag erklärte August Bebel, dass er der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft ist und bleibt. (War das „Bolschewismus“?) Jetzt nutzt Brie den Spiegel, dessen Platz er wohl kennt, um mit greller Stimme in den rabiaten Chor einzufallen, der seinen Vorsitzenden mundtot oder handzahn machen will. Der Spiegel liefert gleich in den ersten Sät-

André Brie bläst zum Halali gegen Lafontaine

zen die Steilvorlagen, mit denen die Richtung des „Spiels“ bestimmt wird. Und Brie stürmt: Er attackiert Lafontaines Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr, er behauptet, L. „treibt die Linke in eine Feindschaft zur Spitze der Sozialdemokratie“ und führe die Linke in die außenpolitische Isolation.

Wo waren solche „Argumente“ schon zu lesen? Sorgt sich der Spiegel so sehr um den Erfolg linker Politik? Rührend! Was empfiehlt Brie? Lafontaine „braucht auch (wo noch?) Opposition in der Partei“ – was dann doch zu starker Toback für Bisky war: „Lafontaine braucht keine Opposition“ (Titel im ND).

Wer die Situation der Linken, insbesondere in den alten Bundesländern, nüchtern einschätzt, müsste wissen, dass ohne oder gegen Lafontaine die Linke keine Basis hat. Nullen werden erst zu einer (beachtlichen) Zahl, wenn wenigstens eine 1 davor steht. Brie benutzt im Interview zwanzig mal das Wort „wir“ und „wir Linke.“ In wessen Namen tut er das? Wer ist jeweils gemeint? Zum Exempel: „Wir Linke haben Europa zu

verteidigen.“ Welches „Europa? Gegen wen? Gab es nicht das Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“, gegen das Rosa Luxemburg leidenschaftlich auftrat? War nicht die „Verteidigung Europas“ eine Lieblingsformel Hitlers, um den Krieg gegen den „Jüdischen Bolschewismus“ zu begründen? Brie behauptet, „wir sind, was Europa betrifft, nicht internationalistisch genug“. Er argumentiert für ein Verbleiben der Bundeswehr in Afghanistan und fordert gleichzeitig eine imaginäre Verteidigung von Europa. Brie begründet die „Mitverantwortung“ damit, dass früher die Sowjetunion Afghanistan verwüstet habe. Weiß er nicht: Ein (sowjetisches) Verbrechen, die Intervention, rechtfertigt nicht ein neues Verbrechen, eine andere Intervention. Das ist juristisches Einmaleins.

Brie sagt, „dass niemand die Wahrheit gepachtet hat“. Zugleich legt er fest, was die Linke zu tun habe, um seinen Wünschen zu entsprechen. In Wirklichkeit wird so nur der Prinzipienlosigkeit das Wort geredet, die weiteres Vertrauen kosten wird. Erstaunlich ist, dass Brie

auch die Situation in der Dresdner Stadtorganisation der Linken zur Sprache bringt – er verteidigt die komplette Privatisierung von Wohnungen in Dresden. Da wäre zunächst zu sagen, dass seine Frau Ingrid Matern als „Reformerin“ einige Zeit Stadtvorsitzende war und im Landtag bzw. Stadtrat saß und sitzt. Sie gehört zu den Einpeitschern des WOBA-Verkaufs, vor dem Lafontaine zu Recht eindringlich gewarnt hatte. Brie behauptet, es gäbe in Dresden eine „bolschewistische Machtpolitik“. Wenn es so wäre, müsste gefragt werden, wer sie betreibt, worin sie besteht und wohin sie geführt hat. Hier ist nicht der Platz, um diese Fragen zu erörtern, aber die „Basis“, die Brie gegen Lafontaine ins Feld führen will, ist in Dresden weitgehend gelähmt und handlungsunfähig. Das ist, wie Hunderte frühere aktive PDS-Mitglieder bezeugen würden, die faule Frucht des Wirkens der „Reformer“.

Die Stunde der Bilanz ist spätestens bei den nächsten Wahlen in Dresden fällig. Zu fragen ist aber schon heute, warum Brie diejenigen als Vertreter „bolschewistischer Machtpolitik“ denunziert, die die Beschlüsse durchführen und sich dem neoliberalen Kurs widersetzen. Könnte es sein, dass er sich die „Dresdner“ Zustände auch für Berlin wünscht? Was gewänne die Linke dabei? Die von Brie losgetretene „Diskussion“ wird so schnell nicht zu Ende sein, und das Ergebnis nicht gewiss. Für die Linke steht viel auf dem Spiel.

• HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Was für eine Philosophie man wählt, hängt davon ab, was man für ein Mensch ist.“ Das schrieb einst J. G. Fichte, dessen Schaffen neben dem Denken Aristoteles', Spinozas und vor allem Marxens zu dem Einflussreichsten auf dem Lebensweg des marxistischen Philosophen Helmut Seidel gehörte. Und der Mensch Helmut Seidel entschied sich für eine Philosophie, die nicht fernab von der gesellschaftlichen Wirklichkeit im Elfenbeinturm existierte, sondern die mitten im Leben stand, um in den Kämpfen der Zeit nach den furchtbaren Ereignissen des Zweiten Weltkrieges an einer neuen, humanen Gesellschaftsordnung mitzubauen, die frei nach Marx eine kommunistische sein sollte, die sich als „wahrhafte Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen“ verstand und sich als „das aufgelöste Rätsel der Geschichte“ begriff. Mit diesem, sich auf den frühen Marx und auf Lukács' orientierendem Konzept, musste Helmut Seidel in einer poststalinistischen orthodoxen geistigen und praktischen Welt des Realsozialismus immer wieder Anstoß erregen, wurde er des „Revisionismus“ geziehen, was ihn jedoch nicht davon abhielt, seinen theoretischen Weg konsequent weiterzugehen.

Die interessierte Öffentlichkeit konnte außerhalb des akademischen Raums diese Gedan-

Vom theoretischen und praktischen Verhältnis des Menschen zur Wirklichkeit

In memoriam Helmut Seidel

kengänge in seinen in den 80er Jahren in Buchform veröffentlichten Vorlesungen nachlesen (Von Thales bis Platon, 1980; Aristoteles und der Ausgang der antiken Philosophie, 1984; Patristik, Scholastik, Renaissance, 1989). Auch in der Nachwende-Zeit hat sich Helmut Seidel theoretisch (Einführungsbände in die Philosophie Spinozas und Fichtes im Junius Verlag) und praktisch durch seine konzeptionsbildende Tätigkeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen aktiv in die Kämpfe unserer Zeit eingebracht.

Wie wurde Helmut Seidel das, was er bis zum Ende seiner Tage war – ein begnadeter Hochschullehrer, ein aktiv politisch handelnder Zeitgenosse und ein guter Freund?

1929 im niederschlesischen Welkersdorf (heute: Rzasiny), Kreis Lauban (heute: Luban) geboren, kam Helmut Seidel 1946 nach Leipzig. Hier erhielt er zunächst ab 1947 eine Ausbildung als Verwaltungsangestellter beim Rat der Stadt Leipzig/Abteilung Volksbildung. Von 1949 bis 1951 besuchte er die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Leipziger Universität, um



sich auf ein Studium der Philosophie vorzubereiten, welches er auch im September 1951 aufnahm. Er ging aber nur wenige Wochen später mit jener ersten Generation von DDR-Studierenden in die Sowjetunion, um in Moskau sein Studium der Philosophie fortzusetzen, das er gemeinsam mit seiner Frau Jutta, die dort Geschichte studierte, im Jahre des XX. Parteitags der KPdSU 1956 beendete. Nach Leipzig zurückgekehrt und er-

füllt mit dem Geist eines gesellschaftlichen Umbruchs, wie er sich aus Chruschtschows großer Parteitagrede abzuzeichnen begann, versuchte er in diesem Sinne sich politisch zu betätigen und bekam sofort Schwierigkeiten mit der Partei- und Staatsorthodoxie. Diese sollte sich auf unterschiedliche Weise in den weiteren Berufsjahren bis zu seiner vorzeitigen Emeritierung nach der „Wende“ fortsetzen. Prinzipienfeste, aber dennoch

analytisch-kritische Geister waren eben zu allen Zeiten nicht unbedingt gefragte Persönlichkeiten.

Aber nicht nur der Charakter bestimmt die Philosophie, die man sich wählte, wie Fichte einst meinte, auch die Philosophie wirkt auf den Charakter zurück.

Mit seiner Habilitationsschrift von 1964 hat Helmut Seidel im originär Marx'schen Sinne über das Verhältnis von „Philosophie und Wirklichkeit“ nachgedacht. „Das Praktisch-Werden der Philosophie erfordert, daß sie sich unmittelbar mit der Politik, dem Instrument zur Verwirklichung der Philosophie, verbinden muß, was das Politisch-Werden der Philosophie und das Philosophisch-Werden der Politik zu Konsequenz hat.“ (Aus den Thesen zu Seidels Habil.-Schrift). Davon wurde sein weiteres Denken und Handeln immer nachdrücklichst bestimmt, was nachfolgende Generationen seiner Schüler in ihrem Schaffen auf je eigene Weise in großer Dankbarkeit fortsetzten und auch weiterhin in seinem Geiste fortsetzen werden.

HANS-MARTIN GERLACH

Adresse Neues Rathaus: Offene Briefe in Sachen Leipziger Oper

Es mag auch an der Sommerpause liegen, aber der Leipziger Theaterdonner bewegt die Stadt, die Kulturszene und die interessierten Bürger weiterhin. Derzeit häuft sich Post auf dem Schreibtisch des abwesenden Oberbürgermeisters und des Kulturbürgermeisters. Da einige dieser Briefe „öffentlich gemacht worden“ sind und auch unsere Redaktion erreichten, geben wir an dieser Stelle zwei davon (leicht gekürzt) unseren Lesern, zwecks Meinungsbildung, zur Kenntnis:

Die plötzliche, ohne Angabe von Gründen erfolgte fristlose Entlassung des Opernintendanten Henri Maier im ersten Jahr der Verlängerung des Vertrages nach fünf künstlerisch wenig ertragreichen Jahren und die eilige Berufung einer Findungskommission bestärken unsere Auffassung, dass dringender Handlungsbedarf für zukünftige Ausrichtung der Oper Leipzig besteht. Es ist geboten, die Chance einer Neuordnung zu ergreifen und eine der künstlerischen Tradition Leipzigs angemessene Konzeption für die Oper zu entwickeln.

Wir sind der Meinung, dass eine Neuausrichtung nicht allein durch die Berufung eines von einer Findungskommission vorgeschlagenen Intendanten geleistet werden kann. Es ist dringend erforderlich, dass vor der Berufung die Stadtverwaltung und die Stadträte klare Vorstellungen entwickeln, wie das Profil der Oper künftig ausgeprägt werden soll. Wir sind der Meinung, die Oper müsste vorrangig für die Opernbesucher der Stadt und der Region Leipzig wirken, und zwar auf hohem künstlerischen Niveau wie es in jüngerer Zeit unter Leitung von Joachim Herz und Udo Zimmermann erreicht wurde. Dann werden auch kurzfristige Besucher der Stadt und

Touristen von der Oper angezogen. Die Gestaltung des Spielplanes müsste von den Traditionen Leipzigs ausgehen, die mit Georg Philipp Telemann beginnen, über Johann Adam Hiller im 19. Jahrhundert Höhepunkte mit Weber, Marschner, Lortzing und Wagner erreichten und im 20. Jahrhundert Uraufführungen wie „Jonny spielt auf“ von Ernst Krenek, „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ von Bertolt Brecht und Kurt Weill, „Dienstag“ und „Freitag“ aus dem Zyklus „Licht“ von Karlheinz Stockhausen aufzuweisen haben. Zu diesen Traditionen gehören auch bedeutsame Aufführungen italienischer, französischer, russischer, tschechischer und anderer Länder Meister wie die deutsche Erstaufführung der Oper „Krieg und Frieden“ von Sergej Prokofjew.

Mit dem Blick auf den 200. Geburtstag des am 22. Mai 1813 in Leipzig geborenen, in aller Welt gewürdigten Musikdramatikers Richard Wagner verlangt dessen Werk beim Aufbau eines Repertoires besondere Aufmerksamkeit. Dazu gehört ein klares Bekenntnis der Stadtverwaltung und des Stadtrates zu Richard Wagner und seinem Werk. Mit der einseitigen Orientierung der Musikstadt Leipzig auf Johann Sebastian Bach, dessen Größe und Bedeutung außer Zweifel stehen, kann die Stadt anderen großen mit Leipzig verbundenen Künstlern wie Wagner, Mendelssohn, Schumann, Reger, Schein nicht gerecht werden.

Wagners Hauptwerk „Der Ring des Nibelungen“, das Leipzig 1878, zwei Jahre nach der Uraufführung in Bayreuth als erste Bühne mit eigenem Ensemble aufführte und 1973/76 in einer bahnbrechenden neuen Gestaltung vorstellte, müsste 2013 im Zentrum des aufzuführenden Gesamtwerkes stehen. Doch für

die Verwirklichung dieses wichtigen Jubiläumsprojektes sah sich der bisherige Intendant und sieht der auch als Generalmusikdirektor der Oper wirkende Gewandhauskapellmeister Riccardo Chailly auf Grund ihrer bis 2011 bzw. 2010 abgeschlossenen Verträge nicht verantwortlich.

Deshalb müsste schnell ein neuer Intendant berufen werden, der willens ist, die Leipziger Oper ihren Traditionen entsprechend mit dem Blick nach vorn zu führen. Der müsste im gegenseitigen Einvernehmen von der Stadt, die Eigentümer der Oper ist und deren Arbeit weitgehend aus Steuermitteln der Leipziger Bürger finanziert, einen klaren Auftrag erhalten. Für die Berufung eines neuen Intendanten dürfte der Rat sich aber nicht auf nur eine Findungskommission verlassen. Er müsste auch die Meinung mit Leipzig verbundener Künstler wie Joachim Herz als Ehrenmitglied der Oper Leipzig, von Fachwissenschaftlern und nicht zuletzt der Opernbesucher sorgfältig beachten.

Die von verschiedenen Seiten vorgeschlagene Bildung eines Richard-Wagner-Kuratoriums mit dem Oberbürgermeister an der Spitze unterstützen wir vorbehaltlos. Es wird aber die Bildung eines Arbeitsgremiums notwendig sein, das für die Gestaltung einer würdigen Richard-Wagner-Ehrung im Jahr 2013 verantwortlich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Werner Wolf, Vorsitzender des Richard-Wagner-Verbandes Leipzig e. V.

Philipp J. Neumann, Vorsitzender der Richard-Wagner-Gesellschaft Leipzig 2013 e. V.

Dr. Markus Käbisch, Vorsitzender des Vereins Wagner Denkmal e. V.

SEHR GEEHRTER HERR GIRARDET,

es geht also, wie jetzt zu vernehmen, um rein interne Konflikte innerhalb der Oper, und die salomonische Lösung dieser Konflikte lautet: lieber 600 000 Euro in den Sand setzen, als für die Zukunft etwas klären. Oder dürfen wir Leipziger hoffen, den Herrn Generalmusikdirektor der Oper künftig öfter als 5 mal in der Spielzeit am Pult zu erleben oder häufiger als aller zwei Jahre ihn einstudierend, Künstler fordernd und entwickelnd am Werk zu wissen?

Möge der neue Intendant nicht nur beim Amtsantritt ihm behagen!

Eine Frage hängt in der Luft:

Herr Maier, noch amtierender Intendant, hat bei einem öffentlichem Podium erklärt, ihm stehe das Gewandhausorchester nicht mehr als 150 mal je Spielzeit für Vorstellungen zur Verfügung. Wenn das so ist – und es wäre denkbar, dass ein solcher Zustand nicht erst unter seiner Intendanz geschaffen wurde –, dann brauchen wir über weiteres gar nicht zu diskutieren, über Effektivität, Niveau, Attraktivität, zu erhöhende Einnahmen!

Bei der Ratsversammlung hörte man von Ihrer Seite, hochverehrter Herr Bürgermeister, Bemerkungen über Kammerorchester, die hinzuzuziehen wären (woher nehmen, wer bezahlt), über das Kellertheater, das stärker einzubeziehen sei – Karl Kaysers Opernkeller wurde zu Henri Maiers Zeiten kräftig reaktiviert, sollen dort nun vielleicht die „Lustigen Nibelungen“ erklingen von Oscar Strauss, mit Klavier oder gar mit Klavier und Geige?

Bitte verzeihen Sie meine ausufernde Phantasie, aber das Jahr hat 365 Abende minus Ferien, ein Schließtag je Woche, abendliche Endproben vor einer Premiere, Vorprobenzeit – macht in summa immer noch nicht viel weniger als 300 Abende, wo man erwarten darf, dass im Leipziger Opernhaus Oper oder Ballett gespielt wird – mit welchen Orchestern bitte, falls diese Eingrenzung stimmen sollte?

Um dem Gewandhaus uneingeschränkt seine Konzerte und Gastspiele zu ermöglichen neben den Vorstellungen in der Oper, genau deswegen wurde bei der Eröffnung des Opernhauses die Anzahl der Gewandhausmusiker auf eine ganz ungewöhnlich hohe Zahl aufgestockt, wo auf noch einmal eine zweite Aufstockung folgte bis auf die jetzt beinahe 200 Mitglieder.

Auch hierzu wüsste ich gern Ihre authentische Meinung!

Mit den besten Grüßen!

Ihr Prof. Joachim Herz

Der Monat Juli des Jahres 2007 wird wohl, ohne Zweifel, als einer der traurigsten in die Weltfilmgeschichte eingehen. Die Agenturen und Nachrufschreiber kamen gar nicht so schnell nach mit dem „Nachrufen“. Diese Artikel werden bald vergessen sein, bleiben werden ... Filme. Von Ulrich Mühe, Ingmar Bergmann, Michel Serrault, Michelangelo Antonioni. Das ist nicht übertrieben, europäisches Kino verlor einmalige, schwierige, widersprüchliche Künstler: zwei Regisseure und zwei Schauspieler. Als Bergmanns „Szenen einer Ehe“, „Herbstsonate“, „Wilde Erdbeeren“, „Fanny und Alexander“ wochenlang im meist ausverkauften Leipziger Filmkunsttheater „Casino“ gezeigt wurden, da waren wir als Zuschauer meilenweit entfernt von den heutigen Popkorn-Dielen. Gerade in Leipzig gelang es vor Jahrzehnten, dem damaligen Universitätsfilmclub auch den frühen Regisseur zu präsentieren: Bergmann-Geständnisse als „Gaukler im Grenzland“ erschienen auch 1993 im Henschel-Verlag.

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Trauer

Von **MICHAEL ZOCK**

Ulrich Mühe traf ich persönlich zu einem längeren Gespräch in der „Schauburg“ (leider inzwischen auch geschlossen). Anlass war damals „Funny Games“, ein Film aus Österreich, der auf entlarvende Art mit den Medien und den Zuschauern spielt somit Lebensgefühle und Ängste erlebbar macht. Hauptakteure, das (auch im richtigen Leben) Ehepaar Ulrich Mühe und Susanne Lothar. So stark auf der Leinwand und fast zerbrechlich, als der Mann aus Grimma neben mir saß.

Der Pariser Michel Serrault starb ein halbes Jahr vor seinem 80. Geburtstag. 1954 debütierte er, aber „Ein Käfig voller Nar-

ren“ machte ihn vor 30 Jahren weltberühmt. Ich werde mir jetzt noch einmal „Die Fantome des Hutmachers“ ansehen. Serrault und Aznavour in einem Film, das wird es nie wieder geben.

„Ihre Gemälde sind wie meine Filme; sie handeln von nichts ... mit Präzision“ – so Michelangelo Antonioni gegenüber einem abstrakten Maler während eines Atelierbesuches. Er ist mit seinem Jahrgang 1912 der Älteste der Vier. Schon im Dezember 1984 erlitt er einen Schlaganfall, der ihn rechtsseitig lähmt und ihm das Sprachvermögen nimmt. Er schreibt und arbeitet trotzdem weiter unterstützt von seiner Frau und Assistentin Enrica Fico.

„Liebe 62 – Sonnenfinsternis“ und „Blow up“ sind von ihm als DVD erhältlich und laufen ab und an im Fernseh-Spätprogramm. Krankheit der Gefühle in brutaler Realität diagnostiziert Antonioni immer wieder auf eine Art, die ihm bald alle Chancen im italienischen Kommerz-Kino nahm. Für einige Jahre verlässt er deshalb seine Heimat. Für die Vier wird es keinen „Ersatz“ geben.

2 x sehenswert

Mit zahlreichen Exponaten macht die Paul-Gerhardt-Kirchgemeinde in Connewitz/Lößnig auf den Namensgeber aufmerksam. In einem Teil der interessanten Exposition werden unter anderem der Lebenslauf des bekannten evangelischen Kirchenlieddichters vorgestellt, sowie Zeugnisse seiner Dichtkunst präsentiert. In einem anderen Teil sind Bilder und Objekte zu betrachten zu Gerhards Liedern. Gestaltet u.a. von engagierten Gemeindegliedern. Liedtexte wurden aus den Archiven entnommen. Das Testament sowie Sonderbriefmarken, Gedenkmünzen, Bücher und Exemplare des Gemeindeblattes „Paul-Gerhardt-Boite“ sind außerdem zu betrachten.

Auch die Michaelis-Friedensgemeinde zeigt in ihrer Kirche am Nordplatz Biographisches und Zeitgeschichtliches anlässlich des 400. Geburtstages von Paul Gerhardt.

• **H. G.**

(Beide Ausstellungen bis Ende September, wochentags 15 bis 18 Uhr)

Briefe über Kerkermauern

Der von Volker Hölzer herausgegebene Briefwechsel zwischen dem 1934/35 erstmalig inhaftierten antifaschistischen Leipziger Wissenschaftler Dr. Georg Sacke und seiner Frau Rosemarie, einer Lehrerin, erweist sich als subtile, emotional geprägte Ergänzung zu seiner 2004 veröffentlichten Biografie des Ehepaares.

Zwar geht es in den insgesamt 134 Briefen und Postkarten zu meist um alltägliche Dinge innerhalb und außerhalb von Gefängnis und Konzentrationslager, dennoch geben sie darüber hinaus bemerkenswerte Aufschlüsse über die Denkweise und die Gefühlswelt der beiden Antifaschisten wie auch über die Zeitumstände und die damalige Atmosphäre. Es war die Zeit, als die faschistischen Machthaber Kontakte zur Außenwelt noch erlaubten, allerdings eingeschränkt durch eine strikte Zensur der abgehenden und ankommenden Post, wodurch sich die Partner in manchem zu einer Sklavensprache gezwungen sahen.

Interessant sind die angefügten Polizei- und Justizakten. Obwohl Georg Sacke, angeklagt wegen Verbrechens gegen das Gesetz über die Neubildung von Parteien, mangels Beweises freigesprochen werden musste, werden hier die Konturen des Unrechtsstaates deutlich. Ausführliche biografische Daten über Georg Sacke (umgekommen als KZ-Häftling 1945) und Rosemarie Sacke (1944/45 in Gestapo- und KZ-Haft, später u. a. Direktorin der Volkshochschule und der ABF in Leipzig, verstorben 1997) bilden einen Rahmen für das Geschehen 1934/35.

Der Autor führt in seiner Einleitung und mit einigen Dokumenten über das eigentlich Thema hinaus, indem er auf die dramatische Geschichte von Angehörigen der Familie Sackes verweist.

• G. L.

Volker Hölzer (Hrsg.): „... Georg ist unschuldig...“. Der Haftbriefwechsel von Rosemarie und Dr. Georg Sacke 1934/35. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Leipzig 2007. 219 Seiten, 10 Abb., 12 Euro, Mitgl. 9 Euro

Dieses Buch setzt die Autobiographie des „Sechsstaaenbürgers“, des namhaften Leipziger Historikers Gerhard Fuchs fort, die im Teil 1 über die Kindheit in der Tschechoslowakei und im Teil II/1 über seinen Neubeginn in Sachsen berichtet hatte. Es erscheint zu einem Zeitpunkt, wo „Flucht und Vertreibung“ in den Medien Hochkonjunktur haben. Aber der „Zwangsumsiedler“ (Klappentext) Gerhard Fuchs will nicht alte Wunden aufreißen, sondern zeigen, wie er und andere an der Leipziger Universität ihren Beitrag geleistet haben, dass zwischen Tschechen und DDR-Deutschen Brücken der Verständigung geschlagen wurden.

Fuchs wurde nach seinem Studium 1953 Assistent bei dem legendären Historiker Leo Stern, fand sein Dissertationsthema zum Problem der deutsch-tschechischen Beziehungen und entwickelte sich an der Universität Leipzig zum Experten auf diesem Gebiet, bis ihn mit der „Wende“ das für seinesgleichen übliche Schicksal der „Abwicklung“ traf.

Was Gerhard Fuchs heute schreibt, ist nicht nur der Lebensweg eines Akademikers in der DDR, sondern ein Stück Geschichte der Leipziger Universität. Fuchs berichtet, „wie es gewesen ist“, konfliktreich, widerspruchsvoll, mit Erfolgen und Niederlagen. Er reflektiert

Autobiographie des „Sechsstaaenbürgers“ Gerhard Fuchs

Ein Stück Geschichte der Karl-Marx-Universität

die Spannungen an der Universität nach Chruschtschows Enthüllungen auf dem XX. Parteitag der KPdSU, die Situation in Berlin, wo er zeitweilig arbeitete, um den 13. August 1961, seine Haltung zum „Prager Frühling“ 1968. Es macht Fuchs sympathisch, dass er sein damaliges Eintreten für die Politik der DDR nicht nachträglich zu entschuldigen versucht. Dazu gäbe es auch keinen Grund.

Seine Dissertation und erste wichtige Veröffentlichung „Gegen Hitler und Henlein“ war dem gemeinsamen Widerstand Deutscher und Tschechen gegen die Hitlerdiktatur gewidmet, ein Thema, das bis heute aktuell geblieben ist.

Fuchs sagt von sich, er wollte das „Meinige beitragen, den Sozialismus auszubauen, zu vervollkommen“. Er bekennt sich zu früheren Wertungen und widersetzt sich dem Zeitgeist. Das zeigt sich zum Beispiel bei der wörtlichen Wiedergabe von Erkenntnissen aus seinem 1964

gedruckten Aufsatz „Revolution und Konterrevolution in der volksdemokratischen Entwicklung Mittel- und Südosteuropas 1947/48“. Fuchs widerspricht der heute „verordneten“ These vom gewaltsamen Export der Revolution.

In vieler Hinsicht macht er auf die Ergebnisse von Forschungen und Tagungen tschechischer und DDR-deutscher Historiker der sechziger bis achtziger Jahre aufmerksam, die zu würdigen und zu nutzen wären, aber damals von westdeutschen Historikern bekämpft, heute häufig „vergessen“ und verleumdet werden.

Das betrifft nicht zuletzt das Feld der deutsch-tschechischen Beziehungen, bei denen die DDR und die BRD höchst unterschiedliche Traditionslinien fortsetzten, die DDR die Tradition der Zusammenarbeit der Antifaschisten, die BRD die verdeckt revanchistische Politik Gustav Stresemanns und Wenzel Jakschs. Fuchs hat die Politik Stresemanns in mehreren Arbei-

ten analysiert.

Als Fuchs 1966 seinen Abriss zur Geschichte der Tschechoslowakei fertig gestellt hatte, geriet er in die ideologischen Turbulenzen dieser Jahre. Er erinnert sich an 23 Sitzungen der Parteigruppe und fünf Versammlungen der Grundorganisation der SED, der er angehörte, und die nun seine „Abweichungen“ zu tadeln hatte. Fuchs erhielt eine strenge Rüge. Ein Berufsverbot hat nicht zur Debatte gestanden. Mit innerer Bewegung und weitgehender Zustimmung habe ich jene Passagen gelesen, in denen Fuchs seine Haltung zur Gorbatschows Perestroika und die „Versuche zur Wende“ in der DDR beschreibt, die zur „Restauration kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse“ führten. Die Abwicklung der „staatsnahen“ Wissenschaftsbereiche, die auch Fuchs traf, hat jeder Betroffene ähnlich erlebt; mit besonderer Schärfe in Sachsen, wo Kurt Biedenkopf Regierungschef und Prof. Dr. Meyer, ein führender Katholik, zuständiger Minister war. Dank für diese Arbeit, die viele Leser finden möge.

• HORST SCHNEIDER

Gerhard Fuchs: *Ein Sechsstaaenbürger. Teil 11/2: Als deutscher Historiker mit Böhmen verbunden (1953 - 2006)*, Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2007. 223 Seiten, 19 Euro

Die Sahra Wagenknecht aus Kassel, „Das schönste Gesicht des Trotzkismus“, „Lafontains schönste Feindin“, schreibt die bürgerliche Presse. Die Rede ist von Lucy Redler, unter deren Führung sich eine eigenständige linke Regionalpartei bildete. Sie wurde am 29. April 2007 gegründet und nennt sich „Berliner Alternative für Solidarität und Gegenwehr“. Robert Allertz geht in dem mit Lucy Redler – der bekennenden Trotzkistin – geführtem Gespräch der Frage nach, was die „Rote Lucy“ will, welche politischen Inhalte und Strategien sie vertritt und warum sie an der Linken und an Rot-Rot heftige Kritik übt. Sie, die davon spricht, dass es „heute in vielerlei Hinsicht um einen Neuaufbau der Arbeiterbewegung“ geht, richtet an die Adresse der SPD, der Gewerkschaftsspitze und auch an die Führung der Linkspartei den Vorwurf, die kapitalistische Logik akzeptiert zu haben und damit den „Ansatz der Arbeiterbewegung, den Kapitalismus zu überwinden

Hoffnungsträgerin der radikalen Linken



(und) nicht zu gestalten“, preisgegeben zu haben.

Lucy Redler empfindet den Vorwurf von Bodo Ramelow, eine Straßenkampfpartei aufbauen zu wollen, als Kompliment. Sie verfolgt konsequent die Idee, dass man politisch nur dann etwas bewegen kann, wenn man radikal bis auf die Wurzel ist. Das

bringt ihr den Vorwurf der Sektiererei ein, mit der sie keinen Blumentopf gewinnen könne. Selbst der Verlag meint dazu, dass ihre Überzeugungen und Urteile, „vermutlich nur von wenigen geteilt“ werden. „Mancher wird sogar die Frage aufwerfen, ob das nicht etwas weltfremd ist, was die junge Frau da äußert, ein wenig ahistorisch und idealisiert.“

Dass es sich hierbei nicht um ein Interview, sondern um ein Streitgespräch handelt, in dem Lucy Redler erstmals in einer größeren Publikation ihr Weltbild skizziert, gibt dem Ganzen seine Würze. Selbstbewusst vertritt sie offensiv ihre Ansichten, als seien sie das Maß aller Dinge. Sie ist unangepasst und renitent, ein politisches Talent, eine junge Hoffnungsträgerin der radikalen Linken. Sie ignorieren zu wollen, wie bisher gehabt, wird auf Dauer nicht möglich sein.

• KURT SCHNEIDER

Robert Allertz: *Was will die rote Lucy. Gespräche mit der Rebellin Redler. edition ost, Berlin 2007. 96 Seiten, 7,90 Euro*

Als ein deutscher Film unlängst in Hollywood mit dem legendären Oscar ausgezeichnet wurde, füllten Schlagzeilen die Titelseiten, wurden TV-Programme geändert und Jubelsendungen ausgestrahlt. Denn: Der ausgezeichnete Film *Das Leben der anderen* hatte die „Stasi“ zum Thema und so dröhnten die Werbetrömmeln bis zum Horizont. Nicht einmal die Tatsache, dass der Hauptdarsteller – sichtlich vor allem Reklame für den Streifen im Sinn – seine todkranke Ex-Frau wegen ihrer angeblichen „Stasi“-

Warum Hollywood anbiss

Vergangenheit vor die Schranken eines Gerichts hatte zerren lassen, ließ Skepsis aufkommen.

Ein Hollywood-Oscar für einen Film gegen das MfS – man glaubte den Gipfel der Anti-DDR-Kampagne erklommen zu haben und die stattlichen Fördermittel, die dafür aus den Staatskassen geflossen waren, schienen mit hohem Propaganda-Gewinn investiert.

Justus von Denkmann, Hausautor bei Spotless, nahm die Affäre unter die Lupe und stieß darauf, wie es dazu kam, dass sich Hollywood für das Thema erwärmte. Im Land der hemmungslosen CIA-Attentäter wollte man dem Kinopublikum vorführen, dass es in der „bösen Ferne“ noch viel ärger zugeht. Das fiel in den USA um so leichter, weil dort kaum jemand je erfuhr, was sich in den Jahren

des Kalten Krieges an der Grenze zwischen beiden Lagern zugetragen hatte. Auch hierzulande wissen viele kaum mehr, warum denn die DDR nicht ohne „Stasi“ auskommen konnte, da der Aufmarsch der anderen Geheimdienstarmeen emsig in die Vergessenheit geschaufelt wird. Nur hin und wieder gräbt jemand die Fakten wieder aus. So der Autor dieses Buches.

• F. S.

Justus von Denkmann: *Ein Oscar für die „Stasi“*. Spotless, Berlin 2007. 5,10 Euro

KALENDERBLATT**Vor 100 Jahren geboren****Erwin Fischer**

Erwin Fischer war erst 35 Jahre alt, als ihm die Faschisten mit dem Fallbeil sein Leben nahmen. Am 17. August 1907 in Frauendorf bei Berlin geboren, half er bereits in früher Kindheit seinem Vater beim Austragen sozialistischer Zeitungen. Später, als junger Werftarbeiter, fand er den Weg zur KPD, der er in der Zeit ihres Verbots von November 1923 bis März 1924 beitrug. Zunächst als Sekretär der Bezirksleitung Pommern des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands tätig, übernahm er 1926 die Leitung der Roten Jungfront des Bezirks. Von 1929 bis 1931 kam er, angeklagt der Zersetzung der Reichswehr, in Festungshaft. Als er am 31. August 1931 entlassen wurde, bereiteten dem beliebten kommunistischen Jugendfunktionär Hunderte junge Stettiner Arbeiter einen herzlichen Empfang.

Im selben Jahr wurde er Mitglied der Bezirksleitung der KPD. Nachdem die Faschisten an die Macht gekommen waren, half er den Parteiorganisationen in Greifswald und Kolberg, in den Ortschaften Vor- und Hinterpommerns, den schwierigen Übergang in die Illegalität zu vollziehen. Um jedoch der drohenden Verhaftung zu entgehen, emigrierte er auf Beschluss der Partei in die Sowjetunion, wo er ein Jahr lang die Internationale Lenin-Schule in Moskau besuchte. Danach kehrte er nach Deutschland zurück. Er wurde „Abwehrmann“ der KPD, der von Amsterdam aus für den KPD-Nachrichtendienst tätig war und als Instrukteur die illegale Arbeit der Bezirksleitung Wasserkannte der KPD unterstützte.

Im Oktober 1937 wurde Erwin Fischer von den niederländischen Polizeiorganen festgenommen und in Amsterdam wegen Passvergehens verurteilt. Seine beabsichtigte Auslieferung an die Gestapo konnte durch Massenproteste niederländischer Werktätiger verhindert werden. Aber Erwin Fischer blieb interniert und wurde nach der Okkupation der Niederlande den deutschen Faschisten übergeben, deren Blutjustiz, der „Volksgerichtshof“, ihn zum Tode verurteilte. Am 8. Dezember 1942 starb Erwin Fischer im Zuchthaus Berlin-Plötzensee unter dem Fallbeil. Stunden zuvor hatte er an seine Schwestern geschrieben: „Ich werde meinen letzten Gang aufrecht und ohne Furcht antreten. Ich habe damals im vollsten Bewusstsein meiner Überzeugung gehandelt, und weil ich nichts Ehrloses verbrochen habe, gehe ich darum mannhaft und ohne Furcht meinen letzten Gang.“

• KURT SCHNEIDER

Die Gründung der USPD, der Aprilstreik und der Matrosen-Aufstand in der deutschen Kriegsflotte waren Höhepunkte des Kampfes gegen den Krieg im Jahre 1917 gewesen. Ihnen folgte in Leipzig bereits im Juli ein erneuter Streik, den jedoch rechte Kräfte alsbald zum Erliegen brachten. Dennoch, als es am 16. Juli im Großen Saal des Zoologischen Gartens zu einer Antikriegsversammlung der Leipziger Arbeiterschaft kam, standen 5000 Menschen dicht gedrängt, Kopf an Kopf. Die Polizei hatte die Versammlungshalle abgesperrt, so dass Hunderte keinen Einlass mehr fanden. Die Leipziger USPD-Prominenz setzte sich mit der Politik der Regierungssozialisten auseinander, ohne jedoch dieser Politik eine Alternative entgegen zu setzen.

Als am 2. August zwei weitere von der USPD einberufene öffentliche Kundgebungen zur Frage „Will das Volk den Frieden?“ stattfanden, waren die Säle im Zoo und in Stötteritz erneut total überfüllt.

An diesen starken Friedenswillen versuchte die Leipziger Spartakusgruppe anzuknüpfen. Nachdem sie Anfang August mit Flugblättern und Handzetteln zur Vorbereitung eines Streiks gegen die Fortführung des Krieges aufgefordert hatte, teilte am 14. August die Amtshauptmannschaft Leipzig der Kriegsamtsstelle mit, dass am 15. August mit dem Beginn eines Streiks zu rechnen sei. „In den großen Vorortgemeinden Wahren, Großschocher,

Das war seit Beginn des Krieges das härteste Vorgehen gegen die Leipziger Arbeiterschaft, dem sich zu beugen, wie sich alsbald zeigen sollte, Gewerkschafts- und USPD-Führung bereit waren.

Leutzsch, Böhlitz-Ehrenberg und Paunsdorf“, hieß es, „wird für die Arbeitsniederlegung stark agitiert. Die Agitation erfolgt in der Weise, dass Laufzettel von Hand zu Hand gehen“. Gleichzeitig verbot der Kommandierende General v. Schweinitz, „jedes Streikposten stehen und jedes Unternehmen, das darauf hinzielt, Streikposten aufzustellen“. Er erließ eine öffentliche „WARNUNG AN DIE DEUTSCHEN ARBEITER“, in der ein Streik gegen die Fortführung des Krieges als Landesverrat benannt wurde. Wörtlich hieß es: „Deshalb würde auch jede Aufforderung zur Arbeitseinstellung, sei es durch die Verteilung von Flugblättern und Handzetteln oder durch mündliche Verbreitung der Aufforderung, für die Beteiligten strafrechtliche Folgen haben, da schon der Versuch des Landesverrats mit schweren

Strafen bedroht ist.“ In den Kriegsdienststellen grassierte die Furcht, dass der angekündigte Streik die gleiche überregionale Signalwirkung wie die des Aprilstreiks haben könnte. „Hochgesinnte Arbeiter, mutige Männer und Frauen“ wurden aufgefordert, „rücksichtslos gegen alle diejenigen vorzugehen, die hetzen und aufreizen, um dem Heere die Waffen und Munition zu entziehen“. Die Militärmaschinerie war fest entschlossen, jeden Ansatz zu

Auguststreik 1917 in Leipzig

Trotz Boykott der USPD und der Gewerkschaften hohe „Streiklust“

einem Streik bereits im Keime rigoros zu ersticken. Das war seit Beginn des Krieges das härteste Vorgehen gegen die Leipziger Arbeiterschaft, dem sich zu beugen, wie sich alsbald zeigen sollte, Gewerkschafts- und USPD-Führung bereit waren. Davon zeugte auch, dass die LVZ die auf die brutale Zerschlagung jeglicher Antikriegstätigkeit gerichtete militärische „Warnung“ an die Arbeiter widerspruchslos abdruckte.

In dieser Situation wurde erkennbar, dass sich auch in der Leipziger USPD ein revolutionärer Flügel herausgebildet hatte. Gemeinsam mit der Spartakusgruppe betrieben diese linken Kräfte furchtlos die weitere Agitation für den Anti-Kriegstreik. Darüber hieß es: „Der Handzettel machte wiederum in den Fabriken die Runde. Heimlich, meist zur Nachtzeit, wurde er an Anschlagssäulen, Telegrafentangen und Hausecken befestigt, so dass der kurze Wortlaut „ZUR ERRINGUNG DES FRIEDENS GENERALSTREIK IN GANZ DEUTSCHLAND am Mittwoch, den 15. August 1917, ... sehr bald der gesamten Arbeiterschaft Leipzigs bekannt wurde“.

Bereits am 13. August erfolgten die ersten Verhaftungen, so die der Arbeiterin Frieda Pitzschel in den Vereinigten Jaeger, Rothe & Siemenswerken AG in Eutritzsch wegen Flugblattverteilung. In den Dux-Automobil-Werken wurde der Arbeiter Karl-Kurt Köhler verhaftet und der Königlichen Staatsanwaltschaft zur Verurteilung übergeben.

Dennoch, um nur ein Beispiel zu nennen, sämtliche Arbeiter der Hansa-Lloyd-Werke in Eutritzsch legten die Arbeit nieder und zogen zum Leipziger Volkshaus. Nach einem Bericht der Amtshauptmannschaft streikten trotz massivster Bedrohung

Arbeiterinnen und Arbeiter von 16 Betrieben der metallverarbeitenden Industrie der Orte Leutzsch, Böhlitz-Ehrenberg, Wahren, Holzhausen und Zweinaundorf. Insgesamt streikten nach unvollständigen Angaben am 15. August mehr als 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen, darunter 488 Jugendliche unter 21 Jahren. Aus Furcht vor Repressalien waren bei weitem nicht alle dem Streikaufruf gefolgt. Die zu Beginn der Arbeitsniederlegung nach dem Volkshaus

re vom Trainbataillon, trieben die Demonstranten gewaltsam auseinander. Während es einem Teil zu entkommen gelang, wurde der andere Teil in einen Fabrikhof gedrängt. Zahlreiche Streikende wurden verhaftet und wie Verbrecher behandelt. Insgesamt wurden im Zusammenhang mit dem Streik 42 Leipziger Arbeiter und Arbeiterinnen verhaftet, von denen 33 wegen „Landesverrats“ und „Landfriedensbruch“ dem Oberreichsanwalt und der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung zugeführt wurden. Streikende, die vom Militärdienst befreit waren, wurden sofort eingezogen und an die vorderste Front geschickt.

Der Auguststreik 1917, der von der Leipziger Spartakusgruppe und linken Kräften in der USPD getragen war, wurde seitens der Gewerkschaften und der USPD boykottiert, die demzufolge nicht gegen die brutalen Gewaltmaßnahmen gegen die Streikenden auftraten. Hinzu kam, dass die Leipziger USPD-Führung nichts tat, um in der LVZ, dem Hauptblatt der USPD in Deutschland, über den Streik zu berichten. Auf der Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes am 17. August 1917 wurde nachgewiesen, dass die LVZ-Redaktion die Veröffentlichung eines Streikberichts mit der Begründung abgelehnt hatte, dass dadurch der Zeitung Annoncen der bestreikten Firmen verloren gehen könnten. Welch ein Ruhmesblatt in der wechselvollen Geschichte der Leipziger Volkszeitung! Der Streik, dem die notwendige Unterstützung für seine Fortführung und Ausdehnung fehlte, war mittels brutaler Gewaltanwendung zum Erliegen gekommen.

Insgesamt trug der Auguststreik 1917 mit dazu bei, dass der Jahresbericht des Leipziger Polizeiamtes für das Jahr 1917 feststellen musste, dass die „Streiklust“ und die „Neigung zu Kundgebungen“ in der Leipziger Arbeiterschaft tiefe Wurzeln gefasst hatte, dass das ganze Sommer-Halbjahr 1917 hindurch unaufhörlich Streik- und Demonstrationsgerichte unter der Bevölkerung und den verschiedensten Behörden umliefen. „Es verging in diesem Jahr fast kein Tag“, vermerkte der polizeiliche Jahresbericht, „an dem nicht mehrere verbotene Bücher, Broschüren, Flugblätter, Hefte, Zeitungen oder Zeitschriften ... ermittelt und sichergestellt wurden“.

Das auf eine revolutionäre Beendigung des Krieges drängende Wirken der Spartakusgruppe und linker USPD-Mitglieder gehört zu den besten Traditionen der Leipziger Arbeiterbewegung, die den heutigen Linken die Pflicht auferlegt, sie zu bewahren und unter neuen geschichtlichen Bedingungen fortzuführen.

• KURT SCHNEIDER

gezogenen Arbeiter versammelten sich im Gesellschaftssaal, um über den weiteren Verlauf der Aktion zu beraten. Man beschloss, um 15 Uhr auf dem Roßplatz und am nächsten Tag um 9 Uhr im Brauereigarten in Stötteritz eine Kundgebung durchzuführen. Doch dazu kam es nicht. Der Reichstagsabgeordnete Karl Ryssel (USPD) teilte den Versammelten mit, dass beide Versammlungen verboten seien. Auch dürfe er als Abgeordneter nicht sprechen, anderenfalls werde er verhaftet. Über den weiteren Verlauf hieß es in einem zeitgenössischen Vermerk: „Der Versuch, dennoch eine Versammlung außerhalb der Leipziger Stadtgrenze auf freiem Feld abzuhalten, wurde von Ryssel zurückgewie-

Auf der Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes am 17. August 1917 wurde nachgewiesen, dass die LVZ-Redaktion die Veröffentlichung eines Streikberichts mit der Begründung abgelehnt hatte, dass dadurch der Zeitung Annoncen der bestreikten Firmen verloren gehen könnten.

sen.“ Sich noch beschämender gegenüber den Streikenden zu verhalten, war nicht möglich. Im Anschluss an die Versammlung im Volkshaus zogen die Streikenden geschlossenen nach Plagwitz. Unterwegs wurden die Belegschaften noch arbeitender Betriebe zum Mitstreiken aufgefordert. Die Lage eskalierte, als es zu polizeilicher und militärischer Gewaltanwendung gegen die Streikenden kam. Berittene Polizei, unterstützt durch mit Pferdepeitschen ausgerüstete berittene Unteroffiziere



Von
**KLAUS
HUHN**

Wer hätte kein Verständnis dafür, dass rundum viele schon wieder vom Fußball schwärmen? Zudem: Leipzigs Fussballfans konnten bereits das Spiel live erleben, dass man als den ersten Höhepunkt der Saison deklarierte, nämlich das Finale des sogenannten Liga-Pokals. Zumal das Spiel bestätigte: Die deutsche Fußballwelt ist wieder im Lot – Bayern München holte sich zum sechsten Mal den Pokal und stellte damit zumindest die emotionalen Weichen für die neue Saison. blieb die Frage für alle Fußballfans: Schaffen sie es oder schaffen sie es etwa nicht, wieder Meister zu werden? Von mindestens zehn Mannschaften weiß man, dass niemand auch nur einen Cent auf ihre Meisterchance setzen würde. Das lässt sich mühelos schon im Voraus prophezeien, weil mindestens zehn Mannschaften zu wenig Kohle hatten, um spektakuläre Einkäufe zu tätigen. Dennoch werden emsig die Listen der Spieler studiert, die man irritierend als „Zugänge“ ausgibt, die aber tatsächlich gegen Bares erworben wurden. Wer erinnert sich heute schon noch daran, dass auf Schalke früher richtiger: ganz früher - nur in die Mannschaft kam, wer schon mal einen Steinkohleschacht von innen gesehen hatte oder wenigstens darauf verweisen konnte, aus einer Familie zu stammen, die irgendwann in Polen gegründet worden war. Damals zerbrachen sich die Fans höchstens den Kopf darüber, wer bei Saisonbeginn wohl aus der „Zweiten“ in die „Erste“ wechseln würde und „Einkäufe“ gehörten noch zu den Fremdwörtern im Fußball.

Ich bin kein Träumer, der etwa die „schönen alten Zeiten“ preisen will, aber bevor heutzutage der Ball wieder rollt, ist überall die Rede davon wie vor Saisonbeginn der Rubel rollte. Und zwar nicht nur in eine Richtung.

Energie Cottbus, das sich mit seinem Mini-Etat in der Bundesliga behauptete und damit auf eine der höchsten Effektivitätsraten in dem Gewerbe verweisen konnte, erwies sich nebenbei auch noch als ungemein geschäftstüchtig. Zwar packten die beiden rumänischen „Helden“ des Energiestadions, Radu und Munteanu, vor dem ersten Pfiff die Koffer und zogen westwärts, aber ihr Wegzug lohnte sich! Eingekauft worden waren sie vor Jahresfrist für 300.000 Euro und nun wurden sie für 4,5 Millionen nach Wolfsburg verkauft. Die Gewinnspanne betrug also 1500 Prozent und kann sich sehen lassen. Das die beiden den Cottbusern in den kommenden Spielen fehlen, steht auf einem anderen Blatt, muss aber im Zusammenhang

wer wieviel Geld für einen Spieler ausgeben konnte. Zugegeben, das ist alles nichts Neues, aber übersehen sollte man es dennoch nicht. Bayern München hat den französischen Superstürmer Franck Ribery in Marseille gekauft und für ihn 25 Millionen Euro überwiesen. Zwar kassiert Bayern München allein 20 Millionen vom T-Com-Unternehmen dafür, dass es sein Logo auf der Brust der Spieler ins Fernsehen bringt, aber allein bei diesem Deal blieben rein rechnerisch 5 Millionen Euro Minus. Und: Bayern kaufte auch noch den italienischen Weltmeisterstürmer Luca Toni und zwar für blanke 11 Millionen Euro, was bei anderen Mannschaften zu einem fatalen Defizit führen würde, aber in München kennt man das Wort Defizit nicht.

Und die von Cottbus letztes Jahr erworbenen Rumänen wären den Münchnern schon wegen ihres Preises garantiert nie aufgefallen. Die kaufen nämlich nicht

Sportkolumne Ein Achtel von Ribery

mit dieser Quote gesehen werden. Dieses und andere gute Geschäfte sorgten dafür, dass sich Energie Cottbus nun rühmen kann, schuldenfrei zu sein. Ob es auf dem Rasen reichen wird, sich zu behaupten, wird sich herausstellen, beantwortet aber nicht die Frage, ob Schuldenfreiheit schwerer wiegt, als ein Platz in der Bundesliga.

Ja, ich weiß, dass solche Überlegungen von manchem als unpassend und vor allem „spaßverderbend“ empfunden werden. Man möchte sich schließlich auf die Tribüne setzen, ein schönes Fußballspiel erleben und, sollte es die Heimmannschaft gewinnen, mit dem Gefühl nach Hause gehen, dass man - vorübergehend - zu den Siegern zählt und sich - wie oft erlebt das der hiesige Durchschnittsbürger schon? - als „Sieger“ fühlen darf. Wozu also über Einkäufe fabulieren? Ich versuche es zu begründen: Weil selbst der begeistertste Fußballfan vielleicht erfahren sollte, dass er tatsächlich auf einer Marktribüne sitzt. Natürlich sieht er von diesem Tribünenplatz manch glanzvolles Tor, wird vielleicht auch Zeuge, wie es einem billig eingekauften Spieler gelingt, den Ball Zentimeter unter die Latte der Favoritenecke zu zirkeln und erlebt begeisternde Spielzüge, aber letztendlich entscheidet,

beim „Discounter“!

Natürlich bangen hierzulande viele um Rostock und Cottbus und – ich habe keine Hemmungen, das zu bekunden – auch ich drücke ihnen die Daumen. Und staunte deshalb, als da unlängst ein gewisser Moldenhauer des Weges kam, Präsident des Nordostdeutschen Fußballverbandes, und einem Journalisten der „taz“ versicherte, es gäbe keinen „Ostfußball“ mehr. Weil: Rostock und Cottbus unterlägen den „gleichen Schwankungen wie jene aus dem Saarland, aus Rheinland-Pfalz oder aus Hessen.“ (Bayern nannte er nicht...) Er trug auch eine „Begründung“ für seine Behauptung vor: Der Deutsche Fußballbund (DFB) unterstütze die ostdeutschen Stützpunkte mit ihren 300 Trainern jährlich mit 3 (in Worten: drei) Millionen Euro.

Das läßt sich leicht nachrechnen: Wenn von dieser Summe nur die Trainer zu finanzieren wären, kämen monatlich 833 Euro auf jeden. Oder anders gerechnet: Für die Summe, die den Ostdeutschen da zukommt, hätte man ein Achtel von Franck Ribery kaufen können! Allerdings gibt's bei Fußballstars keine Ratenzahlung. Und wir gratulieren Energie Cottbus, dass es schuldenfrei ist, wenn das auch heute gemeinhin als Manko betrachtet wird.

Tricksen und täuschen

Eine Schreckensmeldung jagt beim schwedischen Stromerzeuger Vattenfall die nächste. Am 19. Juli verbreiten die Agenturen per Eilmeldung: „Neue Panne – Brunsbüttel vom Netz“. Die Qualität des Transformatoröls sei vermindert, das aber wurde erst in diesem Jahr gewechselt. Zwei Tage vorher teilte der Aufsichtsratsvorsitzende Lars G. Josefsson mit, dass der Europa-Chef Klaus Rauscher – erst 2005 als Energiemanager gekürt – seinen Posten wegen der Informationspolitik über Pannen in den AKW Brunsbüttel und Krümmel zur Verfügung stelle. Josefsson sicherte zu, künftig mit größtmöglicher Offenheit über Zwischenfälle in Atomreaktoren zu informieren. Der Vorsitzende des Energiekonzerns E.ON (Miteigentümer der beiden Atommeiler, die von Vattenfall betrieben werden), Wulf Bernotat, nannte die Vorfälle „sehr ärgerlich, weil sie ein generell falsches Licht auf die Kernkraft werfen“. Weshalb er sogleich erneut für eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke warb: „Kernkraft ist CO2-frei.“

Bruno Thomaske als Chef im deutschen Vattenfall-Konzern hat zwar ein dickes Fell und immer allerhand Probleme. Das derzeitige aber kostete auch ihn den Job, denn er ist an erster Stelle verantwortlich für all die technischen Pannen wie auch Kommunikationsdefizite. Etwa dafür, dass Prozessrechner im Kraftwerk Krümmel unter der Datenlast zusammenbrachen oder dafür, dass der Reaktor zu schnell heruntergefahren wurde. Doch der Mann ist nicht erst seit den Vorfällen in Brunsbüttel und Krümmel von Atomkraftgegnern schlecht gelitten. Auch wirkt seine frühere Tätigkeit für das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) nach, wo er das Genehmigungsverfahren für Schacht

Konrad im Sinne der Bundesregierung und der Atomlobby durchgezogen. Seine ehemalige Kollegen werfen ihm vor, er habe wohl seine eigenen Zwischenlager genehmigt.

Die Pannen in den Atommeilern in Brunsbüttel wie Krümmel bezeichnet Vattenfall als „Auffälligkeiten“. Von 2002 bis 2006 gab es davon in Brunsbüttel 74 und in Krümmel 56. Vielleicht, so dachten Thomaske und seine Mannen nach der Havarie vom 28. Juni, wird sich die Öffentlichkeit ganz von allein beruhigen. Nur mit der Ruhe ist es auf lange Zeit bei dem Atomkraftwerken vorbei. Experten bezeichnen den Atommeiler am Schnittpunkt von Elbe und Nord-Ostsee-Kanal als Schrottreaktor.

Als HSV-Fan beerdigt

Dem ganz hart gesottenen HSV-Anhänger bietet sich demnächst die Chance auf eine Bestattung mit den Insignien des Hamburgers Fußballvereins. Die Lizenz für dieser Form der Bestattung hat sich nach einjähriger Verhandlung das Großhamburger Bestattungsinstitut (GBI) gesichert. Ein HSV-Friedhof soll nur einen Steinwurf von der Arena entfernt entstehen. Bestattungen im Vereinsstil sollen leidenschaftliche Fans schon vor Jahren angefragt haben.

Die Fußballfans können zwischen drei Beerdigungsarten wählen. Die preiswerteste ist die „Stehplatz“-Version, bei der Decken und Kondolenzstische mit dem HSV-Logo verziert sind. Diese kostet bescheidene 832 Euro. Der treue aber tote HSV-Fan muss dabei jedoch auf einen HSV-Sarg verzichten. Den erhält er erst in der nächsten Preiskategorie, sozusagen die „Sitzplatz“-Variante. Hier beträgt der Preis 3153 Euro. Dann gibt es noch eine Luxusversion für Gäste der

VIP-Tribüne. Im Anschluss an die Aufbahrung im HSV-Sarg erfolgt die Einäscherung und die Beisetzung in der HSV-Urne. Das ist das teuerste Paket und kann bis zu 4300 Euro kosten.

Kunststudium zu teuer

Da in Hamburg das Kunststudium zu teuer wird, boykottieren die Studenten der Hochschule für bildende Künste (HfbK) die Zahlung der 500 Euro Studiengebühren – mit drastischen Konsequenzen für sie. Die Boykottierer sollen exmatrikuliert werden, was der Vorsitzende der GEW in Hamburg, Klaus Bullan „peinlich und kurzsichtig“ findet. Der parteilose Wissenschaftssenator Dräger verweist nur auf die Gesetzeslage, die eine Exmatrikulation unumgänglich macht, wenn die Studenten ihre Studiengebühren nicht überweisen.

Die Studenten wollen es darauf ankommen lassen und gehen nun aufs Ganze, also auf Boykottfortsetzung. HfbK-Präsident Martin Köttering kündigte daraufhin die prompte Versendung der Exmatrikulationsbescheinigungen an. Es gebe „keine andere Möglichkeit“, meinte der Präsident. Er sei sich aber der entstehenden „individuellen Tragödien“ bewusst.

Nach Angaben der Wissenschaftsbehörde Hamburgs haben von den 572 eingeschriebenen HfbK-Studenten 100 die Gebühr inzwischen trotz des Boykotts überwiesen, weitere 100 wurden aus sozialen Gründen von einer Zahlung befreit. Etwa 290 Studenten haben ihren Betrag auf das gemeinsame ASTA-Boykott-Konto eingezahlt. Damit droht, wenn die Behörde nicht einlenkt, 372 Kunststudenten die Exmatrikulation. Schlechte Aussichten für das Kunstmekka Hamburg.

• KARL-H. WALLOCH

Abschied von Siegfried Scholze

Wir trauern um Siegfried Scholze, der in der Nacht vom 14. zum 15. Juli im Alter von 79 Jahren verstarb, nachdem er u.a. auch verdienstvolle Artikel für Ihre Zeitung geschrieben hatte.

Nach einer Ausbildung als Großhandelskaufmann, Kriegseinsatz, Maschinenschlosserlehre und mehrjähriger Tätigkeit als Hauer erwarb er im Fernstudium 1961 das Historiker-Diplom. 1969 promovierte er zu einem Thema der Geschichte der Jugendbewegung und 1975 folgte die Habilitation auf dem Gebiet der Geschichte der internationalen Frauenbewegung.

Er lehrte von 1962 bis 1990 an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“ in Leipzig, wo er – 1979 zum ordentlichen Professor für Allgemeine Geschichte der neuesten Zeit berufen – zugleich in einer Forschergruppe zur Geschichte der Frauenbewegung wirkte.

Er ist Autor, Mitautor bzw. Herausgeber zahlreicher Werke zur Geschichte der Jugend- und der Frauenbewegung. Bis in die Gegenwart hat er sich intensiv für die fdj engagiert. Ein wichtiges Betätigungsfeld war für ihn die Befreiung der kubanischen „Miami Five“ aus US-amerikanischer Haft.

JOSIE MICHEL-BRÜNING UND DIRK BRÜNING, JÜLICH

SIEGLINDE MERBITZ, 1. Bevollmächtigte IG Metall Leipzig und stellvertretende Vorsitzende des Leipziger Vereines „Courage zeigen“ schreibt bezüglich der Absage Christian Worchs, das heißt, seine Truppen nicht mehr regelmäßig bis 2014 in Leipzig aufmarschieren zu lassen: „In der LVZ vom 23. Juli erkennt man, dass der Erfolg viele Väter hat. Leider hat von diesen niemand den Wert der vielfältigen Bündnisarbeit gewürdigt. Ausgenommen mdr Info, da wurde mehrfach heute morgen ein entsprechendes Interview gesendet.“ Dazu der Standpunkt von „Courage zeigen“:

Die Nachricht, dass Neonazi Worch seine Anmeldung für Aufmärsche in Leipzig bis in das Jahr 2014 beim Ordnungsamt storniert hat, verbreitet sich in Windeseile unter großer Genugtuung bei den

Leipzig. Courage zeigen:

No pasarán – Sie werden nicht durchkommen

Mitgliedern des Vereins Leipzig. Courage zeigen.

Die vielfältigen Aktivitäten aufrechter BürgerInnen aus Leipzig gegen rechtsextreme Veranstaltungen, seit Worch am 1. Mai 1997 das erste mal den Tag der Arbeit missbrauchen wollte und ab 1998 mehrmals im Jahr unsere Stadt heimsuchte, zeigen Wirkung.

Über die Jahre ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, sich den rechtsextremen Aufmärschen mit verschiedenen Mitteln und Methoden entgegenzustellen. Dabei hat sich die gute Bündnisarbeit bewährt. Trotz der ver-

schiedenen Meinungen, Strategien, politischen Interessen und Vorurteilen konnte immer gegen Rechts eine gemeinsame Plattform gefunden werden.

Als Jahreshöhepunkt für Toleranz und Gerechtigkeit gegen Gewalt und Rassismus gestaltete der Verein Leipzig. Courage zeigen seit zehn Jahren das Courage-Konzert am Vorabend des 1. Mai am Völkerschlachtdenkmal.

Dieses Konzert prägte nachhaltig das Image der Stadt Leipzig und ist zu einem festen Bestandteil für Völkerverständigung und Frieden geworden. Politik, Kirchen, Kultur, Gewerkschaften und die zahl-

reichen Sponsoren bildeten in dieser Zielsetzung eine Einheit.

Im ersten Aufruf gegen den Worch-Aufmarsch 1997 hieß es: „Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, diesen freiheitsverachtenden Kräften entgegenzutreten! Wehren wir gemeinsam den Anfängen! Schützen wir uns und unser Land vor Leuten, die Unfrieden und Gewalt säen!“

Ein großer Erfolg ist heute mit der Worch-Absage erreicht. Worch hat seine Quittung bekommen. Dennoch muss allen klar sein, damit ist der rechte Sumpf noch nicht trocken gelegt. Noch bedarf es vieler Anstrengungen, das rechte Gedankengut aus dem vermeintlichen Alltagsdenken überhaupt zu verdrängen. Deshalb unterstützt der Courage-Verein die Entwicklung des lokalen Aktionsplanes der zivilgesellschaftlichen Partner in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

GST hätte 55. Geburtstag

Wer könnte es sagen, wieviele DDR-Bürger einst ihre Fahrerlaubnis bei der GST machten? Für viele war diese Möglichkeit des Entscheidende an der Gesellschaft für Sport und Technik, die am 7. August 1952 gegründet worden war. Allerdings mit einem realen politischen Hintergrund, denn es war die Zeit einer verschärften internationalen Situation. Die Westmächte und der Bonner Staat hatten den weitgehenden sowjetischen Entwurf der Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland abgelehnt und ihrerseits den Generalvertrag unterzeichnet, mit dem die BRD fest in das westliche Bündnis- und Militärsystem eingebunden wurde – einschließlich der Militarisierung und Wiederbewaffnung Westdeutschlands.

Als Bestandteil des politischen Systems der DDR oblag die staatliche Anleitung der GST dem Ministerium des Inneren. Vorgesehen war die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten der vormilitärischen Grundausbildung (militärische Disziplin und Ordnung, Schießen, Topographie, körperliche Ertüchtigung, Erste Hilfe u. a.) und der Ausbildung für die Laufbahnen der NVA (vormilitärische Ausbildung in den Sparten Motschützen, Kraftfahrzeuge, Nachrich-

ten, Fallschirmspringen).

Zur wehrpolitischen Tätigkeit der GST gehörten die Grundausbildung im Sport-schießen, Erwerb der Fahrerlaubnis Klasse 1, Biathlon, Sprechfunk-, Tast- und Fernschreibausbildung, Segelflug- und Fallschirmsprungausbildung, Sporttauchen, Modellsport sowie maritime vormilitärische Ausbildung.

Die GST gliederte sich regional sowie in Ausbildungseinheiten. GST-Formationen bestanden in Großbetrieben mit Ausbildungseinrichtungen sowie an Universitäten, Hoch- und Fachschulen. Die GST veranstaltete Wettkämpfe, führte Meisterschaften durch, vergab Abzeichen für erworbene Qualifikationen und gab Zeitschriften, Literatur für Ausbilder und Mitglieder und andere Publikationen heraus.

Unter den Bedingungen des Kalten Krieges stellte die GST einen Faktor der Militarisierung der DDR-Gesellschaft dar. Auch wenn sie, siehe oben, vielen jungen Leuten vor allem dazu diente, kostenlos die Fahrerlaubnis für Kraftfahrzeuge zu erlangen oder Hobbys aktiv wahrzunehmen. Im Herbst 1989 hörte sie auf zu bestehen.

WINFRIED STEFFEN,
WETTERZEUBE

Zu LN 15'07: Kalenderblatt Sepp Schwab

Unbürokratisch solidarisch

Ich kannte Sepp Schwab persönlich. Ein hoch intelligenter, nicht immer freundlicher, eher ein knurriger Typ. Aber er achtete die jungen Mitarbeiter ebenso wie die älteren Kollegen. Seine schonungslose Offenheit gegenüber Jedermann verblüffte uns immer wieder. Jeder achtete seine revolutionäre Vergangenheit und seine journalistischen und diplomatischen Erfahrungen.

Ich gehörte 1961 der Verhandlungsdelegation der DDR für den Kulturarbeitsplan mit der Republik Ghana an. Die Gäste drängelten unaufhörlich, der Lieferung einer Offsetdruckmaschine aus der DDR zuzustimmen. Völlig abweichend von der Verhandlungskonzeption stimmte Schwab in der letzten Verhandlungsstunde zum Entsetzen der Delegationsteilnehmer zu.

An mich gewandt sagte er:

Du gehst jetzt zum Genossen soundso in der ZENTRAG, teilst ihm „unsere Entscheidung“ mit. Er soll das Notwendige veranlassen. Dann wandte er sich an den Leiter der Kultur-Abteilung und sagte schelmisch: Dem sein Gesicht möchte ich jetzt sehen. Ich weiß nämlich, dass in Magdeburg eine ausgesonderte, aber total regenerierte Rotationsmaschine steht. Die sollen die mal gleich verschiffen. Nahm ein Glas Sekt und stieß mit den Ghanesischen Diplomaten an. Für die war das der größte Verhandlungserfolg.

Es gab zwar Krach im ZK, aber die Maschine wurde geliefert und Ghana beim Aufbau einer eigenen Druckerei geholfen. Es ist gut, dass an die Erbauer der DDR und die ersten DDR-Diplomaten erinnert wird.

FRANZ-KARL HITZE
BERLIN

Wanderungen durch Neufünfland

WIR STAUNTEN BAUKLÖTZER, als wir unlängst nach Möckern kamen. Schon beim Anmarsch warnte man uns: „Ausnahmestand“! Missstrauisch ob dieser Ankündigung zogen wir weiter, blieben aber optimistisch, weil wir uns nicht vorstellen konnten, wer am Rande Magdeburgs einen Ausnahmestand verhängen sollte. Und dann erlebten wir, dass in dem Städtchen tatsächlich Krieg gespielt wurde. Und um allen Ungläubigen den Wind aus den Segeln zu nehmen, habe ich mir die Magdeburger „Volksstimme“ eingesteckt und lese Ihnen daraus vor: „Eine freilaufende Übung von Soldaten der Burger Clause-

witz-Kaserne. Werden sonst Gefechtsszenarien auf Übungsplätzen und weit abseits der Öffentlichkeit geprobt, weckt dies inmitten des alltäglichen Stadtlebens schon die Neugierde. Im sonst so friedlich harmonisch wirkenden Bild fanden sich plötzlich Sperren aus ‚Sdraht‘ und Soldaten, ausgerüstet mit Splitter-schutzweste, Helm und Gewehr; wieder, wie man es sonst nur aus den Nachrichten kennt. Die Soldaten postierten sich hinter den Sperren und legten augenscheinlich ganze Stadtteile ‚lahm‘“. Und dann folgte ein alarmierender Satz: „Selbst die Rekruten ... wurden im Rahmen ihrer Abschlussprüfung ... für die Siche-

rung des Bataillonsgefechtsstandes in Möckern eingesetzt, wo sie, von einem eigenst eingeteilten ‚Übungsteam‘, vor verschiedene Herausforderungen gestellt wurden. So konnte der Eine oder Andere durchaus den kurzzeitigen ‚Tumult‘ in seiner Heimatstadt ‚vernehmen, den die eingespielte Demonstration vor der Sperre hervorrief und auf die die eingeteilten Soldaten reagieren mussten.“

Eine „Demo“ auf die die Soldaten „reagieren“ mussten? Ja! Und „Oberst Wolfgang Rabach, Kommandeur des Burger Logistikregimentes, war mit dem Ablauf der Übung zufrieden. ‚Wir führen diese Art der Übung

viel zu selten durch ... Letztlich ist es auch in zunehmendem Maße diese Art der Ausbildung – das Üben in vorhandenen ortsfesten Einrichtungen –, die unsere Soldaten für die Auslandseinsätze vorbereitet“, erklärte der Kommandeur.“ Von Protesten erfuhren wir nichts. Soll man sich etwa an solche Übungen vor der Haustür gewöhnen? **AB NACH THÜRINGEN.** Erinnern Sie sich noch an Bischoferode? Dort in der Gegend wird noch immer emsig Kali gefördert, natürlich nur in den westlichen Regionen. Das hinderte das um die Stilllegung von Bischoferode so bemühte Unternehmen Kali+Salz aber nicht, ihre über-

schüssige Salzlauge per Pipeline in die Werra zu leiten. Jetzt ist dort eine Ost-West-Front entstanden: Zu den Thüringer Kommunen Eisenach, Gerstungen, Creuzburg, Treffurt, Mihla und Berka/Werra gesellten sich die hessischen Ortschaften Eschwege, Herleshausen, Wanfried und Bad Sooden-Allendorf, dann noch die Landkreise Göttingen, Werra-Meißner und Northeim. Die wollen jetzt gegen das Land Hessen klagen, weil das Regierungspräsidium Kassel schon 2003 die Bescheide zur Einleitung von Lauge in die Werra erlassen hat. Jetzt tauchte die Frage auf, wer die Gerichtskosten von rund 30 000 Euro übernimmt? Und das ist die gute Botschaft: Die Kommunen – ganz gleich ob einst Ost oder West – teilen sich die Summe.

• **KLAUS HUHN**

Normalfall oder Ausnahmestand?

„Die Freiheit, zu philosophieren und zu sagen, was man denkt;
diese Freiheit möchte ich auf alle Weise verteidigen“

Baruch de Spinoza

Wir trauern um den Mitbegründer und geistigen Kopf unserer Stiftung

Prof. Dr. phil. habil. Helmut Seidel

Sein Leben und sein wissenschaftliches Werk war geprägt von
Güte, Toleranz und geistiger Weite.
Unsere Stiftung verdankt ihm viel.

Im Namen des Vorstandes, aller Mitglieder und Freunde
der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Dr. Monika Runge, MdL
Vorsitzende

Prof. Dr. Klaus Kinner
Geschäftsführer

Die Trauerfeier findet am 17. August, 12.30 Uhr, auf dem Südfriedhof Leipzig (Westkapelle) statt.

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

SZM

Stadtteilzentrum Messerstraße
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

16. 8., 14.30 Uhr: Internationales Kinderfest mit Spielen, Tänzen und internationalen Leckerbissen. (2 Euro, mit FP 1 Euro).
23. 8., 9.15 Uhr: Besuch im Schulmuseum mit historischem Frühstück (2 Euro, mit FP 1 Euro und Fahrkarten)
23. 8., 15 Uhr: Erzählcafé für Senioren

Stadtbibliothek Leipzig

Wilhelm-Leuschner-Platz 10

Ausstellungen:

Richard Wagner – Annäherung an ein Jubiläum. Bis 20. 8., Oberlichtsaal.
Schul(e)leben. Schüler der BIP Kreativitätsschule stellen aus. Bis 10. 9., Galerie der Kinderbibliothek.
Suche nach dem Neuen im Alltag. Zum 10. Todestag des Leipziger Schriftstellers Jürgen Brinkmann. Bis 17. 8., Kabinettausstellung, Aufg. links.

Vielen Dank an alle Freunde von LEIPZIGS NEUE,

die uns immer wieder mit ihren Spenden überraschen.

Nicht zuletzt diese Zuwendungen ermöglichten es uns, in den fast 15 Jahren unserer Existenz, den Abo-Preis nur einmal zu erhöhen.

Jeder Euro zählt bei unserer knappen Kasse.

Wir wissen, es ist Urlaubszeit ... Aber vielleicht ist doch der eine oder andere kleine Geldschein übriggeblieben.

Wir könnten ihn sehr gut gebrauchen ... Unsere Technik muckert und auch manch anderes Problem ist ohne Ihre Spenden nicht zu lösen. Wie gesagt, jeder Euro zählt – für eine Pressestimme, die partout konsequent links ist und bleibt.

Prof. Dr. Kurt Schneider
1. Sprecher des Vereins Projekt Linke Zeitung

Dr. Maxi Warterlsteiner
Chefredakteurin



Der EU-Diversity-Truck kommt am 20. August nach Leipzig

Der Truck der Europäischen Kommission mit der Kampagne „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“ macht in Leipzig Station. Auf dem Nikolaikirchhof wird über Rechte und Pflichten bei der Umsetzung der EU-Richtlinien zur allgemeinen Gleichbehandlung in Deutschland informiert. Von 13-20 Uhr gibt es zudem ein buntes Rahmenprogramm: Neben einer Lesung, Diskussionsrunden und Workshops zum Thema Diskriminierung finden

eine große Quizshow über Europa sowie ein Karaokewettbewerb zum Mitmachen statt. Ein weiteres Highlight ist der Bandwettbewerb, der von 15-16.30 Uhr auf der Truckbühne ausgetragen wird. Fünf Siegerbands treten hier mit einem selbst arrangierten Song für Diversity gegeneinander an. Sie sind dem Aufruf des Schirmherren und Prinzen-Frontmanns Sebastian Krumbiegel gefolgt und setzen sich mit ihren Songs gegen Diskriminierung ein.



SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro

- Studierendensabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Ballons, Berge und Balkone

Preiswerte und teure Himmelssichten



Gewusst wo und gewusst wie ... Leipziger Hügel boten die Möglichkeit und die Chance kostenlos – allerdings dann mit Weitblick – die „teure Fiesta“ zu genießen. Foto: Ina Radtke

Fallschirmspringer, Ballonglühn, Feuerwerk! Dies sind die traditionellen Höhepunkte der jährlich in Leipzig stattfindenden „Saxonia International Balloon Fiesta“. Auch 2007 stiegen im Erholungspark Lößnig-Dölitz die Ballons vielfarbig und vielförmig, von einem kulturellen Programm umrahmt, in den Himmel. 60 Ballonfahrer aus sieben Nationen hatten sich angemeldet.

Da die Zahl 13 für Abergläubische eine Unglückszahl ist, wurde sie von den Veranstaltern einfach übersprungen und das Fest fand nun zum 14. Mal statt.

Ob dieser Zahlentrick den Besuchern Glück brachte, war nicht zu erkunden. Den Veranstaltern jedenfalls nicht. Zwar war der Eröffnungstag gut besucht. Doch lag dies hauptsächlich daran, dass er zum „familien-extra“-Tag einer großen Firma erklärt wurde. Was bedeutete, dass den ganzen Tag über der sonst fällige Eintritt von fünf Euro entfiel.

Wollte man jedoch am Donnerstag zum legendären Ballonglühn mit anschließendem Höhenfeuerwerk auf das Festivalgelände, hätte man schon unter 1,40 m klein sein müs-

sen, um kostenlos dabei zu sein. Eine Alternative bot da die Einladung auf den Balkon eines Freundes mit Blick auf den Silbersee. Etwa 200 weitere Zahlungsunwillige, die keinen solchen Logensitz erobern konnten, bestiegen die Hügel außerhalb des Festivalgeländes. Mit einem Blick auf den gesamten Park konnten auch sie das Event in guter Stimmung genießen. Der allgemeine Unmut über die Eintrittspreise hat einen einfachen Grund: Die ersten 11 Jahre war der Festbesuch kostenlos und die Schaulustigen strömten nur so. Doch nun für etwas zu zahlen, dass sich im Vergleich zu den eintrittsfreien Jahren kaum verändert hat, das sehen viele Interessierte nicht ein und manchem fehlt es durchaus auch an den nötigen Münzen.

Und noch etwas konnte die Umbenennung des 13. zum 14. Ballonfestes leider nicht beeinflussen: das Wetter. Wie im Vorjahr mussten einige Starts wegen Regens abgesagt werden. Dies ließ vor allem am letzten Tag, der kurzfristig nun doch zu einem weiteren eintrittsfreien erklärt worden war, viele enttäuschte Gesichter zurück.

• INA RADTKE

Zum Piepen

Eine Sommer-Computer-Begebenheit

Computer piepen ja immer mal, und wenn sie nicht gerade mit dem üblichen Klangakkord über die Lautsprecher signalisieren „Ich bin bereit!“, lässt aufgeregtes Piepen nicht immer auf etwas Gutes schließen.

Dieser Tage kam ich abends nach Hause und hörte schon im Korridor aufgeregtes, nervöses, ungewöhnliches Piepen aus der Computerecke. Aber: Ich hatte das Gerät doch vor Verlassen der Wohnung exakt heruntergeladen. Sollten ihn im Moment gerade Schäubles Trojaner in ihre Gewalt nehmen? Er kann sich nicht wehren und signalisiert Hilfe? Es piept erneut. Ich öffne die Tür, schaue überrascht und werde im gleichen Moment von zwei Augen erschrocken gemustert. Sie gehören einem Mutigen, der sich durch die offene Balkontür in mein Zimmer traute, auf dem Computer-Bildschirm sein „Geschäft“ erledigte und nun nicht mehr weiterwusste. Kein Anruf für die Polizei aber immerhin mein Ausruf: Du Dreckspatz! Zum Glück hatte der gefiederte Eindringling dabei die Tastatur verschmäh-



Nach diesem Abenteuer ist aber erst einmal ein Abkühlung nötig ... bis zum Brunnen am Brühl bin ich geflogen.

Foto: Eiltzer

Mir kam die Vogelfänger-Arie aus der „Zauberflöte“ in den Sinn. Aber: leichter gepiffen als getan. Meine Töne beeindruckten den Tschilpenden überhaupt nicht. Er flog jedoch vom Bildschirm auf's Fensterbrett, schaute durch die Scheibe und wartete. Er wollte einfach nicht aus dem Zimmer raus, verschmähte die offene Balkontür und versteckte sich zunächst hinter meiner alten Schreibmaschine...

Es war zum Piepen. Unser Beisammensein dauerte noch einige Minuten, aber meine Gastfreundschaft war in seinem Falle doch an ihre Grenzen geraten. Also: Schreibmaschine anheben ... und? Er flog piepsend durch die Balkontür ins Freie. Und ich putzte meinen Bildschirm, was übrigens schon längst mal nötig war.

• MIC

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Auch den Papst gäbe es nicht ohne Orgasmus. Und von seinen Fesseln befreit sich der Mensch nicht mit einem Blick in den Himmel.

Kabarettist Josef Hader, ND 19. 7.

Wenn man sagt, man schickt die Bundeswehr dorthin, wo es ungerecht zugeht, dann müsste man einen Weltkrieg führen.

Gregor Gysi, zitiert im DLF 22. 7.

Die Engländer haben bereits vor zehn Jahren gemerkt, dass die Privatisierung und die Trennung von Bahnverkehr und Schienennetz der Bahn ein Fehlschlag war. Die Steuerzahler mussten doppelt so viel berappen wie vor der Privatisierung. Vor drei Jahren wurde das Schienennetz praktisch wieder in staatliche Hand genommen.

DLF 24. 7.

15 der weltgrößten Architekturbüros arbeiten zur Zeit an Milliardenprojekten in China.

3sat 24. 7.

Von dem 311er „Wartburg“ wurden 113000 Stück exportiert, vor allem nach Belgien. Ein belgischer Priester fährt heut noch mit dem letzten Wartburg-Modell und trennt sich nicht von ihm.

mdr-fernsehen 24.7.

In Libyen haben sich in den letzten Jahren 45 ausländische Ölfirmen, darunter auch amerikanische, niedergelassen.

An tote deutsche Soldaten und Zivilisten in Afghanistan werden wir uns gewöhnen müssen.

DLF 25. 7.

Die Privatisierung der Krankenhäuser in Hamburg ist keine medizinische und personelle Erfolgsgeschichte. 2000 Krankenhausmitarbeiter wollen wegen schlechter Arbeitsbedingungen zurück zur Stadt, so wie ihnen das vertraglich zugesichert wurde.

ARD 26. 7.

In der Slowakei gibt es jetzt 700 Bären. Ihre Zahl wird langsam zum Problem.

DLF 26. 7.

Mir geht das Geschleime um Prinzesschen, Königshäuser, Inzestgrafen und Popen gehörig auf die Nerven. Königin der Herzen, Kunder des Lichts – man kommt sich vor, als leben wir im GAGA-Land zwischen Harry Potter und Kombilohn.

Leserzuschrift, LVZ 27. 7.

• ENTDECKT VON
MANFRED ERBE

Das Geheimnis vieler erfolgreicher Menschen besteht darin, sich beharrlich und unbeirrbar für das zu engagieren, was ihnen wichtig und heilig ist: sie selbst.

Was wäre der Stecken, wenn er mich nicht hätte, sagte der Dreck.

Mancher hält sich für einen hellen Kopf, nur weil die Sonne draufscheint.

Mancher spricht das Wort Toleranz mit einem gefährlichen Unterton aus.

REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

6. August 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 24. August 2007

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40